Schiffsbau: 40.000 Arbeitsplätze in Gefahr
Seite 3

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 48, 1. Dezember 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Streik der Stahlwerker — Empörung über Schwerpunkttaktik

Gegen Aussperrung hilft nur VOLLSTREIK!

Am Dienstag morgen um 6 Uhr ziehen vor insgesamt zehn Stahlbetrieben der Konzerne Thyssen, Mannesmann, Krupp und Hoesch in Duisburg, Düsseldorf, Dortmund, Bielefeld und Dillenburg Streikposten auf. Die Stahlwerker kämpfen für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen. Es ist der erste gewerkschaftlich organisierte Massenstreik in der Stahlindustrie seit Jahrzehnten. Allerdings: In 40 Stahlbetrieben soll nach dem Willen der verräterischen IGM-Führung die Arbeit nicht ruhen.

„Es wurde allerhöchste Zeit, endlich wird im Stahl einmal gestreikt!" Das war die Meinung der überwältigenden Mehrheit der Stahlarbeiter. Und die Kollegen haben Recht! Der Streik ist die absolut notwendige Antwort auf die unverfrorene Haltung der Stahlkapitalisten, auf ihre rücksichtslosen Rationalisierungsangriffe, auf den Reallohnabbau der vergangenen Jahre und auf die drohende Vernichtung von mehr als 50.000 Arbeitsplätzen in der Eisen- und Stahlindustrie. Nur diese Sprache verstehen die Konzernherren.

Daß die IGM-Führung jedoch nur 37.000 von über 200.000 Stahlwerkern in die Streikfront einbeziehen lassen will, daß die Arbeit in 40 von insgesamt 50 Stahlbetrieben weitergehen soll, daß die IGM-Führung also einen Vollstreik in der Stahlindustrie des gesamten Tarifbezirks verhindern will — das ist offene Sabotage am Kampf der Stahlwerker. Damit schwächt sie die Kampffront entscheidend. Damit gibt sie den Stahlkapitalisten freie Bahn für Ausweichmaßnahmen. Damit bereiten die Loderer, Janßen, Herb und Konsorten den Weg für die Gegenoffensive der Stahlbarone, für den Aussperrungsterror gegen die nicht im Streik stehenden Kollegen. Das bedeutet Spaltung der Kampffront!

„Einigkeit macht stark" — diese grundlegende Erfahrung der Arbeiterbewegung treten die IGM-Führer bewußt mit Füßen. Sie wollen keine starke Arbeiterklasse, weil sie selbst mit dem Kapitalismus verbunden und verwachsen sind. Sie wollten auch keinen Streik. So erklärte Kurt Herb, nachdem die Große Tarifkommission am Wochenende das letzte Angebot von sechs Wochen Urlaub und drei Prozent mehr Lohn- und Gehalt zurückgewiesen hatte: *„Wir haben die Stimmung unserer Mitglieder und Funktionäre treffen müssen."* Jawohl! Nur weil der Druck von der Basis so enorm stark war, nur weil sie sich vor eventuellen selbständigen Streiks fürchten, haben die IGM-Führer gezwungenermaßen den Schwerpunktstreik beschlossen.

Aber die Kollegen haben in der Urabstimmung nicht mit erdrückender Mehrheit für eine gespaltene Kampffront gestimmt, sondern für Vollstreik! In allen Stahlbetrieben herrscht große Empörung über die Streikbruchtaktik der IGM-Führung. Nur Vollstreik kann zur Durchsetzung der Forderungen führen. Deshalb gilt es jetzt, die verräterische Schwerpunkttaktik zu durchbrechen und den Vollstreik zu erzwingen!

(Siehe auch Seite 4.)

Metalltarifrunde — Forderung der IGM-Führung in Stuttgart

Verrat am Kampf für 35-Stunden-Woche

Am Freitag letzter Woche legte die IGM-Führung diktatorisch die Forderungen für die Tarifverhandlungen in der baden-württembergischen Metallindustrie fest: 6,5 Prozent mehr Lohn und Verlängerung des Jahresurlaubs auf 30 Tage für alle Beschäftigten.

Mit 6,5 Prozent als Forderung ist der Kurs auf einen Abschluß bei den Lohn- und Gehaltstarifen eingeschlagen, der noch erheblich unter dem niedrigen 5-Prozent-Abschluß der letzten Tarifrunde liegt. Auf gut deutsch: Herr Steinkühler und seine Vertrauten halten es für angemessen, daß die Realeinkommen der Metaller weiter sinken. Die Arbeiter, die in den Betrieben schwer schuften und den Kapitalisten Millionen- und Milliardenprofite erarbeiten, sollen den Gürtel wieder einmal enger schnallen. Den IGM-Bonzen in ihren dicken Sesseln liegt eben der Profit der Kapitalisten am Herzen, nicht aber das berechtigte Interesse der Gewerkschaftsmitglieder, die sie angeblich vertreten.

Ein besonders schmutziger Verrat ist es, daß die IGM-Bonzen darüber hinaus die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unter den Tisch gekehrt haben. Das gerade jetzt, wo die Stahlwerker für diese Forderung in den Streik treten. Das bedeutet einerseits, daß den Rationalisierungs- und Arbeitsvernichtungsplänen der Metallbosse weiterhin keine Grenzen gesetzt werden und daß die Arbeiter und kleinen Angestellten ihre Arbeitskraft künftig bis ins Letzte verausgaben, daß sie ihre Gesundheit auf dem Altar des Unternehmerprofits opfern sollen. Denn einige Tage mehr Urlaub schaffen keinen Ausgleich für verschärfte Arbeitshetze und steigende Belastungen am Arbeitsplatz. Es bedeutet jedoch andererseits, daß eine geschlossene, einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse von den DGB-Führern bewußt verhindert wird.

Zehntausend demonstrierten in Frankfurt — schwere Straßenkämpfe

„Deutsche Monopole raus aus dem Iran!"



Im Frankfurter Westend entbrannten am vergangenen Samstag die schwersten Straßenschlachten seit Jahren. Zu den Kämpfen war es anläßlich einer machtvollen Demonstration gegen das faschistische Terrorregime des Schahs gekommen, an der sich rund 10.000 Menschen beteiligten, darunter viele persische Patrioten.

Fortsetzung auf Seite 2

Aussperrung

Am Montag abend wird gemeldet: Die Mafia der Stahlkonzerne hat beschlossen, ab Freitag dieser Woche 28.000 Stahlwerker in acht Betrieben auszusperren! Das ist eine unerhörte Provokation, die auf keinen Fall hingenommen werden darf. Die Stahlbarone haben keinerlei Skrupel, ihre Macht rücksichtslos gegen die Arbeiter und Angestellten einzusetzen, die Macht, die sie besitzen, weil sie sich den ganzen Reichtum aneignen, der durch die Werktätigen geschaffen wird. Aber es gibt noch eine andere Macht. Die Macht der solidarischen, kampfentschlossenen Arbeiterklasse! Vollstreik in der gesamten Stahlindustrie — das muß die prompte Antwort auf den Angriff der Stahlbarone sein, noch bevor die Stahlbosse ihre Ankündigung in die Tat umsetzen können!

Volkserhebung im Iran

Die Armee kann den Kampf nicht ersticken



Demonstration in Teheran

Die werktätigen Massen im Iran führen ihren Kampf gegen das blutige Henkerregime des Schahs und seiner Militärregierung mutig weiter. Trotz der Mobilisierung der gesamten Armee gegen das Volk. Die Demonstrationen und die Streiks in verschiedenen Zweigen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens dauern an.

Seit Errichtung des Militärregimes haben die Journalisten und Zeitungsangestellten die Arbeit nicht wieder aufgenommen. In den Finanzämtern wird seit 15 Tagen gestreikt. Auch die Arbeiter des Teheraner Elektrizitätswerkes, die Postangestellten, Zollbeamten und Arbeiter der Tankstellen befanden sich letzte Woche im Streik. In Teheran brach in der vergangenen Woche die Stromversorgung mehrfach zusammen.

In Schiras wurden bei einer Demonstration mindestens 105 Menschen von den Truppen ermordet. Die kämpfenden Massen griffen drei Polizeistationen an und erbeuteten Waffen. Auch in anderen Städten schossen die Schergen des Schahs auf Demonstranten und töteten viele Werktätige. In Mesched überfielen Soldaten eine mehrtausendköpfige Versammlung von Pilgern und erschossen mehrere Menschen, darunter auch Frauen und Kinder. Die Pilger hatten statt „Allah ist groß" gerufen: „Nieder mit dem Schah!" In Teheran kam es auf dem Bazar zu Demonstrationen, obwohl die Stadt von 100.000 Soldaten belagert ist und an den Straßenkreuzungen überall Panzer und Maschinengewehrnester in Stellung sind.

Währenddessen kreuzen amerikanische Kriegsschiffe im Roten Meer und im Persischen Golf. Die USA mischen sich offen in die Kämpfe im Iran ein mit dem Ziel, die blutige Niederschlagung der Volkserhebung zu gewährleisten.

„Breites Spektrum"

Die „Rote Fahne" der GRF schwelgte in Erinnerungen: „Zum ersten Mal seit dem Vietnamkongreß 1968 traf ein so breites Spektrum in- und ausländischer Sozialisten und Kommunisten zusammen: zur Frage Osteuropa!" Und die „Süddeutsche Zeitung" kommentierte das gleiche Ereignis so: „Niemand hatte je geglaubt, daß fast alle Linken zwischen der maoistischen KPD und dem linken Flügel der SPD wenigstens in einem Punkt — dem Eintreten für Rudolf Bahro — mit einer Zunge reden könnten."

Es geht um den Westberliner Bahro-Kongreß, der eine solche erstaunliche Einmütigkeit unter seinen Teilnehmern herstellte. Was jedoch das „breite Spektrum" angeht, so muß man es einmal genauer unter die Lupe nehmen. Neben den sattsam bekannten reaktionären Dissidenten aus den verschiedenen Ländern Osteuropas und ihrem Förderer Dutschke waren Vertreter wie etwa der Generalsekretär der trotzkistischen IV. Internationale, Mandel, der italienische KPI-Abgeordnete Bolaffi, der IG-Chemie-Bonze Vitt und das SPD-Präsidiumsmitglied von Oertzen auf dem Kongreß. Letzterer fand übrigens für den Bonner Staat eine neue wahlkampfwirksame Bezeichnung: „Die real exi-

Was die Verhältnisse in der DDR und den übrigen, unter der Herrschaft des Kreml stehenden, Ländern angeht, so benutzten die Hauptakteure die Kritik an diesen Verhältnissen zu wütenden Angriffen gegen den Kommunismus. Da erklärte der Dissident Weil, in der Sowjetunion habe es nie Demokratie gegeben, der Trotzkist Mandel ließ sich über den „stalinistischen Terror" aus. Es war offensichtlich, dieser Sumpf des internationalen Antikommunismus hatte mit der proletarischen Demokratie nichts im Sinn, er sympathisierte eher mit der „real existierenden Demokratie" nach dem Modell Deutschland.

Die „Rote Fahne" war's zufrieden. Gewiß, es gab auch Mängel — so konnte man lesen — aber die lagen darin, daß die ganze Veranstaltung noch zu sehr an der Leine der „Entspannungspolitik" hing.

Arrest und Judenstern

In Bayern gab es in der letzten Woche zwei gerichtliche bzw. staatsanwaltschaftliche Entscheidungen, die ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in der Deutschen Bundesrepublik werfen.

Die erste Entscheidung fällte die IV. Kammer des Truppendienstgerichtes Süd. Sie verurteilte den 19jährigen Gefreiten Anselm Konrad aus dem Fliegerhorst Kaufbeuren zu drei Tagen Arrest. Begründung: Anselm habe entgegen dem Soldatengesetz uniformiert an einer politischen Veranstaltung teilgenommen. Die fragliche Veranstaltung war eine Feier der Gewerkschaftsjugend anläßlich des 40. Jahrestages der Reichskristallnacht gewesen. Sie hatte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau stattgefunden. Anselm Konrad hatte zusammen mit anderen Soldaten einen Kranz niedergelegt.

Die zweite Entscheidung fällte die Staatsanwaltschaft beim Münchner Landgericht. Sie stellte die Ermittlungen gegen das Münchner Auktionshaus Graf Klenau von Klenowa OHG ein. Die Firma hatte auf Versteigerungen ständig NS-Objekte angeboten, so zum Beispiel einen Judenstern samt Kennkarte des Trägers mit Foto zum Schätzpreis von 335 Mark. Das Münchner Justizministerium teilte dazu mit, es sei nicht zu widerlegen gewesen, „daß die Abgabe nur zu wissenschaftlich historischen Zwecken erfolgte".

Die letzte Versteigerung des Auktionshauses fand übrigens am 9. November 1978 statt, dem 40. Jahrestag der Reichskristallnacht.

Die tödlichen Reifen von Continental

„Das Lenkrad flattert, der Wagen ist bei hohem Tempo kaum noch zu halten." So urteilte ein Experte des Verbandes Deutscher Reifenhändler. Auch ein Ingenieur des ADAC sah „eine eindeutige Gefahr und ein erhöhtes Risiko". Die Ursache solcher Gefahr: schadhafte Autoreifen des „Continental"-Konzerns, die gegenwärtig zu Zehntausenden als Billigangebote an Tankstellen vertrieben werden. In der vergangenen Woche wurde ein schier unglaubliches Geschäft des Konzerns aufgedeckt, bei dem schwerste Unfälle von vornherein einkalkuliert sind.

Denn die Conti-Bosse haben — nach eigenen Angaben — schon beim Test im Werk festgestellt, daß die besagten Reifen mangelhafte Rundlaufeigenschaften haben. Und was taten sie? Die Hinweise über Hersteller und das Herstellungsdatum wurden einfach herausgeschliffen und die ganze Partie wurde ins Ausland verscherbelt. „Völlig legal und seriös", wie ein Sprecher des Konzerns erklärte. Und diese Reifen sind inzwischen über noch unbekannte Zwischenhändler auf den westdeutschen Markt zurückgeschleust worden.

Von einem Verfahren gegen die kriminellen Conti-Bosse ist nichts bekannt. Ja, die Justizorgane des Bonner Staates unternehmen nicht einmal etwas, um die Todesreifen aus dem Verkehr zu ziehen. In unglaublichem Zynismus erklärte jetzt ein Sprecher des Justizministeriums von Nordrhein-Westfalen, daß „strafrechtlich erst was drin" sei, wenn wegen der Reifen „etwas passiert". Es muß sich also erst jemand zu Tode fahren, bevor sich die Herren bequemen, ihre Ermittlungen aufzunehmen.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

„Deutsche Monopole raus aus dem Iran!"



Die persische Studentenorganisation an der Spitze der Demonstration.

Fortsetzung von Seite 1

Auch unsere Partei beteiligte sich an der Demonstration, die der Unterstützung des heldenhaften Freiheitskampfes des iranischen Volkes diente. Aufgerufen hatte die antiimperialistisch-demokratische persische Studentenorganisation CISNU. Unter anderem wurden von den Demonstranten folgende Parolen gerufen: **„Tod dem faschistischen Schah-Regime!" — „Schmidt und Carter morden mit!" — „Deutsche Monopole raus aus dem Iran!"**

Die schweren Kämpfe zwischen Demonstranten und Polizei begannen, als der Demonstrationszug im Frankfurter Westend beim amerikanischen Konsulat vorbeikam. Ein Teil der Demonstranten machte den Versuch, das Gebäude zu stürmen. Gegen diesen gerechten Angriff auf eine Institution des amerikanischen Imperialismus, der die Hauptstütze des mörderischen Schah-Regimes ist, reagierte die Polizei mit hemmungsloser Brutalität. So warfen die mit Helmen und Schutzschilden ausgerüsteten Polizisten mit Pflastersteinen auf völlig ungeschützte Demonstranten. Verletzte wurden noch von Polizeitrupps gejagt und zusammengeschlagen. Einen Raum auf dem Universitätsgelände, der als Sanitätsraum für verletzte Demonstranten diente, bombardierten Polizisten mit Tränengasgranaten.

Die Straßenkämpfe breiteten sich im ganzen Westend aus. Am Konsulat konnte einmal eine Polizeikette überrannt werden. Die Demonstranten errichteten mutig Barrikaden und rissen das Straßenpflaster auf, um der bewaffneten Polizei nicht mit bloßen Händen gegenüberzustehen. Teilweise konnten angreifende Polizeiformationen mit einem Steinhagel zum Rückzug gezwungen werden. In verschiedenen amerikanischen Banken und Geschäften wurden die Fensterscheiben eingeworfen. Die Polizei ging auch mit Wasserwerfern vor. Die Demonstranten schafften es, zwei Wasserwerfer unbrauchbar zu machen.

Insgesamt wurden bei den Kämpfen mehrere hundert Demonstranten verletzt. Einige erlitten schwere Verletzungen. Mindestens 20 Demonstranten wurden von der Polizei gefangengenommen. Es ist zu befürchten, daß verhaftete persische und andere ausländische Demonstranten ausgewiesen werden sollen. Dies muß durch die Solidarität aller Antiimperialisten verhindert werden!

Der amerikanische Imperialismus und neben ihm der westdeutsche Imperialismus tragen maßgeblich Verantwortung für das Elend des Volkes in Persien, für seine grausame Unterdrückung durch das Folter- und Mordregime des Schahs. Auch die westdeutschen Monopole saugen Milliardenprofite aus dem Schweiß und Blut des iranischen Volkes. Wenn jetzt die Vertreter des Bonner Staates und die Lakaien des Monopolkapitals über „Gewalt, Zerstörungen und Terror" seitens der Demonstranten zetern, so entgegnen wir ihnen: An euren Händen klebt das Blut des persischen Volkes! Die Aktionen der Demonstranten in Frankfurt waren mutig und völlig berechtigt!

Bundesdeutsche Großmachtallüren

Die Reaktion der Bundesregierung auf die Freilassung von vier „Terroristen" in Jugoslawien hat in vier Akten anschaulich das Großmachtstreben und den reaktionären Charakter des Staates der westdeutschen Kapitalisten demonstriert.

Erstens schickte Bonn unverzüglich Zielfahndungskommandos in die Welt — vor allem auf den Balkan und nach Nahost. Für die Bonner Politiker hört der Aktionsradius ihrer Polizei eben nicht an den Grenzen der Bundesrepublik auf.

Zweitens wurde Jugoslawien attackiert. Da es sich den Forderungen Bonns nicht bedingungslos gefügt hatte, wurde es bedroht: Bonn wäre „verstimmt", hieß es; die Freilassung der vier Bundesbürger wäre ein „unfreundlicher Akt"; von „schwerer Belastung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen" war die Rede. Zwar werden wirtschaftliche Sanktionen nicht unmittelbar ergriffen; wirtschaftliche Konsequenzen wurden aber durch die Hintertür angekündigt.

Dies geschah im dritten Akt: Bulgarien wurde öffentlich belobigt, da es anläßlich der Fahndung nach Till Meyer den bundesrepublikanischen Terrorkommandos freies Jagdfeld gegeben hatte. „Die entschiedene Haltung", sagte Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff am letzten Donnerstag, „mit der die bulgarische Regierung uns bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus unterstützt hat, wird, dessen bin ich sicher, auch in wirtschaftlicher Beziehung Auswirkungen haben, namentlich beim deutschen Tourismus nach Bulgarien."

Viertens nahm die Bundesregierung die Freilassung der vier „Terroristen" zum Anlaß, um ein schärferes Vorgehen gegen fortschrittliche und antifaschistische Ausländer in der Bundesrepublik anzukündigen. — Bekanntlich läßt die Bundesregierung die exilkroatischen faschistischen Terrororganisationen faktisch unbehelligt, so daß sie vom bundesdeutschen Territorium aus Anschläge gegen Jugoslawien planen und durchführen können. Jugoslawien hat dagegen schon mehrfach Protest erhoben. — Nun räumte Bonn ein, man hätte in Sachen des Kroaten Bilandzic Fehler gemacht, und Kanzler Schmidt meinte, man müsse sich überhaupt die ganzen Ausländeraktivitäten etwas genauer ansehen. Die „Tagesschau" illustrierte unverzüglich das Kanzlerwort: Sie zeigte als Beispiel eine Demonstration kroatischer Terroristen und — eine gegen den Faschistenführer Türkes gerichtete Demonstration türkischer Antifaschisten.

Offen gesagt ...

ÖTV — Abt. Staatsschutz

Ein Mann sah rot. Und er blies zum Feldzug gegen eine „sogenannte öffentliche Meinung", die im gefährlichen Ausmaß in der niedersächsischen SPD wühlte. Was war geschehen? Im Mitteilungsblättchen „SPD-Rundschau" war in aller Öffentlichkeit über eine der heiligen Säulen unseres Staates, den Verfassungsschutz, hergezogen worden. Mit milden Worten zwar, aber immerhin. Unserem Mann jedenfalls trieb diese Schelte die Zornesröte ins Gesicht. Und in einem Brief an den niedersächsischen SPD-Chef von Oertzen wies er in aller Eindringlichkeit darauf hin, daß hierzulande „die veröffentlichte Meinung ihre Grenzen" hat.

War es ein wackerer Mann aus dem Regierungsstab des CDU-Mannes Ernst Albrecht, den es hier staatserhaltend zur Aktion drängte? Weit gefehlt. Ein Reinhold Heise hatte rot gesehen. Und dieser Herr bekleidet das Amt des Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Niedersachsen. Wie man sieht, ein Experte in Sachen Öffentlichkeit. Es ist uns nicht bekannt, ob Herr Heise selbst auf den Skandal aufmerksam wurde, daß ein SPD-Blatt die Grenzen der veröffentlichten Meinung überschritten hat. Vielleicht ist er ja — obgleich auch SPD-Mitglied — kein Leser der besagten „Rundschau". Jedenfalls trat er erst in Aktion, als ein Brandbrief seines Parteifreundes Frisch in der ÖTV-Zentrale eintraf. Herr Frisch wiederum ist Gewerkschaftskollege, Mitglied der „Fachgruppe Verfassungsschutz Niedersachsen" in der ÖTV. Nebenbei ist er auch noch Ministerialrat und der zweite Mann im hannoverschen Landesamt für Verfassungsschutz.

Frisch und seine Mannschaft waren in der Vergangenheit besonders erfolgreich beim Aufspüren von „Extremisten" — linken, versteht sich — im öffentlichen Dienst gewesen. Zu bundesweiter Berühmtheit gelangten sie im März dieses Jahres, als sie feststellten, daß die NPD eine „in gewisser Weise mäßigende Funktion auf den Rechtsextremismus" ausübt. Kann man es da dem Herrn Heise verdenken, daß er rot sieht, wenn diese besonders tüchtige ÖTV-Fachgruppe madig gemacht wird? Jedenfalls hat er durch seine Initiative in eindrucksvoller Weise gezeigt, daß die verantwortlichen Herren des DGB keine Beschimpfung unserer Staatsschutzorgane zulassen und jederzeit wissen, wo die öffentliche Meinung in diesem Land ihre Grenzen hat.

Krise im Schiffbau verschärft sich





An der Küste stehen die Zeichen auf Sturm

Im nördlichsten Teil der Bundesrepublik, an den Küsten der Nord- und Ostsee, bahnt sich eine schwere soziale und wirtschaftliche Misere an. Ausgangspunkt ist die Schiffsbauindustrie. Über 90 Prozent der bundesdeutschen Schiffsbauindustrie konzentriert sich in den norddeutschen Küstenländern. Sie ist hier die tragende Säule des wirtschaftlichen Lebens. Die seit Jahren schwelende schwere Krise in diesem Industriezweig spitzt sich jetzt bedrohlich zu. Auf den Werften drohen in noch größerem Umfang als bisher Massenentlassungen und Stillegungen. Eine weitverzweigte Zulieferindustrie ist mitbetroffen. Insgesamt sind 40.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Wer entlassen wird, hat zunehmend weniger Aussicht, wieder einen Arbeitsplatz in dieser Gegend zu finden. Die rücksichtslosen Angriffe der Schiffsbaukapitalisten auf die Arbeitsplätze, ihre Maßnahmen zur Sicherung hoher Profite trotz Krise im Schiffsbau, drohen zu einem starken Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit zu führen.

40.000 Arbeitsplätze in Gefahr

Aber die Angriffe der Konzernherren werden von den Arbeitern und der werktätigen Bevölkerung nicht länger hingenommen. Das zeigte sich deutlich, als der Vorstand des größten deutschen Schiffbauunternehmens HDW (Howaldtswerke — Deutsche Werft) Mitte September die geplante Entlassung von rund 2.000 Beschäftigten bekanntgab und die Stillegung zweier Werftbetriebe in Hamburg und Kiel, der Werke Reiherstieg und Dietrichsdorf, ankündigte. In Hamburg warfen am 21. September Tausende von Werftarbeitern die Brocken hin und streikten mehrere Stunden. In einem machtvollen Protestmarsch zogen sie zum Verwaltungsgebäude der HDW-Kapitalisten. „Wenn wir fest zusammenstehn, brauchen wir nicht stempeln gehn!" war ihre Losung. Und auf einem Transparent hieß es: „Der Vorstand kann gehn, wir bleiben bestehn!"

Seit dieser Kampfaktion in Hamburg verging an der Wasserkante kaum eine Woche, ohne daß es zu Protestaktionen der Werftarbeiter kam, zu Demonstrationen, Kundgebungen und Warnstreiks. Am 23. Oktober legten auf 40 Werften Norddeutschlands fast 60.000 Kollegen geschlossen für eine Stunde die Arbeit nieder. In Hamburg, Kiel, Bremen und Emden kam es zu großen Demonstrationen und Kundgebungen, an denen sich nicht nur Werftarbeiter beteiligten, sondern auch Kollegen aus anderen Betrieben und Branchen.

Die Gewerkschaftsbonzen organisierten diese Aktionen nur, weil Unruhe und Empörung unter den werktätigen Massen bedrohlich anschwellen und weil die Forderung nach Kampfmaßnahmen von der gewerkschaftlichen Basis mit wachsender Heftigkeit erhoben wird. Gemeinsam mit den Kapitalisten und den bürgerlichen Politikern bemühen sich die DGB-Bonzen hektisch, die Wogen der Unruhe, des Aufbegehrens zu dämpfen. Ein Gespenst erschreckt die Herren: das Gespenst der Radikalisierung der Massen, der Rebellion gegen die Abwälzung der Krisenlasten, das Gespenst des revolutionären Klassenkampfes.

Werften: 10.000 sollen in zwei bis drei Jahren entlassen werden

Diese geheime Angst im Lager der Kapitalisten hat handfeste Gründe. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Der jetzige Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzug der HDW-Bosse ist nur ein Schlag in einer ganzen Serie von Schlägen. 10.000 Arbeitsplätze sollen allein in den kommenden zwei bis drei Jahren auf den norddeutschen Werften vernichtet werden. Aber insgesamt sollen in den Küstengebieten in diesem Zeitraum 40.000 Menschen den Arbeitsplatz verlieren, bezieht man die Auswirkungen in der Zulieferindustrie mit ein. Auch damit soll es aber noch nicht genug sein. In Hamburg will man auf längere Sicht zu einer Fusion zwischen HDW und Blohm & Voss kommen. Dadurch würden mit Sicherheit auf beiden Werften insgesamt 4.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Auch in Kiel wird es nicht bei der angekündigten Entlassung von rund 500 Kollegen im Zuge der Stillegung von Werk Dietrichsdorf bleiben. Und mehreren anderen großen Werften droht völlige Stillegung, so zum Beispiel der AG Weser in Bremen, die im Besitz von Krupp ist.

Schon heute liegt zum Beispiel in Emden die offizielle Arbeitslosenquote bei 10 Prozent. Das ist nicht zuletzt das Ergebnis der Entlassungen und der Arbeitsplatzvernichtung bei der Emdener Thyssen-Werft. In den vergangenen fünf Jahren schrumpfte hier die Belegschaft von rund 5.000 Beschäftigten auf nunmehr 3.539 Beschäftigte. Was wird werden, falls die Thyssen-Bosse diese Werft ganz dichtmachen wollen? In Ostfriesland ist jeder fünfte Industriebeschäftigte ein Werftarbeiter. Die Profitsanierung der Werftkapitalisten bedeutet hier unweigerlich, daß breite Teile des arbeitenden Volkes in Not und Elend gestürzt werden.

Schiffsbaukapitalisten scheffelten Milliarden

Die Werftherren, die Regierungs- und Parteivertreter, aber auch die Gewerkschaftsbonzen, versuchen die Massen mit betrügerischen Sozialpartnerschaftsvorstellungen zu verwirren, mit dem Bild einer „Notgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern". So schreien die Werftkapitalisten jetzt „im Interesse aller Beteiligten" nach noch höheren Subventionen „zur Rettung der Werften". Und diese Forderung wird auch von der IGM-Führung unterstützt. Die Tatsachen aber widerlegen das Märchen, daß höhere Profite und Subventionen der Sicherung der Arbeitsplätze dienen. Betrachten wir nur einmal, wie sich die Werftindustrie in den letzten 10 bis 20 Jahren entwickelt hat.

Im Jahre 1956 waren in der Schiffsbauindustrie der Bundesrepublik noch rund 120.000 Menschen beschäftigt. Heute sind es nur noch 58.000 Beschäftigte. Die Schiffsbaukapitalisten haben also, unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung, unabhängig von der Entwicklung ihrer Profite in den letzten 20 Jahren, mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze auf den Werften vernichtet. Die hohen staatlichen Subventionen, die den Werftherren schon seit jeher in den Rachen geworfen wurden und die sich im Laufe der Jahre zu Milliardenbeträgen summierten, dienten also keineswegs der Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen. Sie ermöglichten nur die verstärkte Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung. Bis 1973 konnte die deutsche Schiffbauindustrie die Produktion ständig erweitern und ihre Umsätze steigern. Trotzdem sank die Zahl der Beschäftigten bereits bis 1971 auf 80.000, das heißt, jeder vierte Arbeitsplatz auf den Werften war vernichtet worden.

Anfang der 70er Jahre, als der Erdölverbrauch der Industrieländer sprunghaft anstieg, kam es zu einem fieberhaften Boom im Großschiffsbau. Es war die Zeit der großen Öltanker. Die deutsche Schiffsbauindustrie konnte — unterstützt durch hohe Subventionen und Steuerermäßigungen — den Rahm dieser Hochkonjunktur auf dem Weltmarkt abschöpfen: bis 1974 nahm sie in der internationalen Konkurrenz den ersten Rang ein. Um diese Spitzenstellung zu erringen und für mehrere Jahre zu behaupten, mußte rücksichtslos rationalisiert, mußte die Ausbeutung der Werftarbeiter verschärft werden. So trieben die Werftbosse bei sinkenden Belegschaftszahlen den Umsatz pro Beschäftigtem von 44.825 Mark im Jahr 1970 auf 105.155 Mark im Jahr 1977 in die Höhe. Vor allem die Konzernherren von Krupp, Thyssen und Salzgitter, die sich rechtzeitig in den Besitz der größten Werften gesetzt hatten, scheffelten in diesen Jahren riesenhafte Profite. Und die „Notgemeinschaft" zwischen Werftherren und Belegschaft sieht so aus, daß die Schiffsbaukapitalisten auch seit Beginn der schweren Krise, also seit 1975, Jahr für Jahr Hunderte von Millionen Mark an Profit einsteckten. HDW machte vor zwei Jahren einen Nettogewinn von 450 Millionen Mark, im letzten Jahr kassierte HDW immerhin noch 255 Millionen Mark Profit. Die Werktätigen aber mußten mit sinkenden Reallöhnen und Arbeitslosigkeit die Zeche bezahlen.

Bonner Regierung: Einpeitscher der Arbeitsplatzvernichtung

Der Bonner Staat hat diese skrupellose Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen nicht nur unterstützt, er hat sie selbst vorangetrieben. Was sich bisher an Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung auf den Werften abgespielt hat, entspricht genau einem Regierungsgutachten über die Sanierung des deutschen Schiffsbaus, das in Bonn bereits 1972 vorgelegt wurde. HDW, das größte deutsche Schiffsbauunternehmen, ist zu 100 Prozent in Staatsbesitz. Und gerade HDW spielt jetzt wieder den Vorreiter bei der Vernichtung der Arbeitsplätze. Früher stand in Hamburg die größte Werft der Welt, die Werft Finkenwerder. Unter der Regie der Bundesregierung fusionierten 1968 die Deutsche Werft, zu der Finkenwerder gehörte, und die Howaldtswerke zur HDW. Kurze Zeit später übernahm der staatliche Salzgitterkonzern 75 Prozent des Kapitals von HDW. Den Rest hält das Land Schleswig-Holstein. 1973 wurde Finkenwerder stillgelegt. Tausende von Kollegen wurden entlassen. Jetzt streben die HDW-Bosse mit Billigung Bonns die Fusion mit der zweiten Hamburger Großwerft, Blohm & Voss, an, die 4.000 Kollegen den Arbeitsplatz kosten wird.

Der Bonner Staat und die Vertreter der bürgerlichen Parteien ziehen am gleichen Strang wie die Schiffsbaukapitalisten. Das sehen die Kollegen auf den Werften immer klarer. Sie werden ihre Konsequenzen daraus ziehen. Deshalb wird es den Gewerkschaftsführern nicht gelingen, die Kollegen vom entschlossenen Kampf für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze abzuhalten.

Der „Tankerberg" — Beispiel für kapitalistischen Wahnwitz



In der Geltinger Bucht bei Flensburg dümpeln heute zwölf Schiffsgiganten vor sich hin, Öltanker und andere Riesenpötte. Sie haben noch nie eine Tonne Öl oder Frachtgut transportiert. Ihre einzige Fahrt war die Fahrt nach ihrer Fertigstellung vom Werftkai zur Geltinger Bucht, wo sie eingemottet wurden. Der einzige Sinn dieser Schiffe, die einen Milliardenswert verkörpern, ist, vom Wahnwitz der kapitalistischen Profit- und Krisenwirtschaft zu zeugen.

Infolge des schnell steigenden Ölverbrauchs der Industrieländer Anfang der 70er Jahre kam es zum großen Boom im Tankergeschäft. In erbitterter Konkurrenz kämpften die Schiffsbaukapitalisten um die größten und meisten Aufträge. Riesige Helgen und Anlagen für den Tankerbau wurden errichtet. Im Schnellverfahren wurde auf den großen Werften der Welt Großtanker auf Großtanker gebaut. Innerhalb von zwei Jahren verdoppelte sich die Tankertonnage der Welt. Es entstanden unerhörte Überkapazitäten, denn natürlich konnte die enorme Nachfrage nach Großtankern nicht lange andauern. So kam es dazu, daß es für viele Großtanker und auch Massengutfrachter schon bei ihrer Fertigstellung überhaupt keine Frachtaufträge mehr gab.

1973 machte sich — beschleunigt durch die Ölkrise — diese Überproduktion erstmalig bemerkbar. Dennoch wuchs die Welthandelsflotte noch im Jahr 1974 um 30 Prozent an. Aber inzwischen setzte die weltweite wirtschaftliche Rezession ein und machte sich in einem Rückgang der Frachtaufträge bemerkbar. So war die ungeheuer angewachsene Welthandelsflotte nicht mehr ausgelastet. Es kam, was kommen mußte: Der Tankermarkt erlebte einen totalen Zusammenbruch. Zu diesem Zeitpunkt waren fast drei Viertel der Weltschiffsbaukapazität auf den Tankerbau angelegt. Der sogenannte Tankerberg war da.

Aus dem gnadenlosen Konkurrenzkampf der Schiffsbauhaie gingen die Japaner als Sieger hervor. Sie konnten den deutschen Schiffsbau von seiner Spitzenposition verdrängen. Aber weder die deutschen noch die japanischen Werftarbeiter hatten und haben einen Nutzen vom hemmungslosen Kampf „ihrer" Kapitalisten um Höchstprofite. Im Gegenteil! Mehr als die Hälfte der Werftarbeitsplätze in der Bundesrepublik sind bereits vernichtet und mindestens 10.000 weitere sollen allein in den nächsten drei Jahren folgen. Und in Japan wurden allein im vergangenen Jahr 16 Werften stillgelegt. Die Konzernherren, sowohl die japanischen als auch die deutschen, haben Milliardengewinne aus dem Schweiß und dem Blut der Werftarbeiter gepreßt. Bezahlen für die Anarchie und Planlosigkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft müssen die Werktätigen: mit ihrer Gesundheit, mit Arbeitslosigkeit und zunehmendem Elend.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Presseerklärung der Initiative zur Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf

Bochum, 16. 11. 1978

Im Mai 1976 sollten 13 Bürogehilfinnen bei Opel Bochum nach ihrer Lehre nicht in ihren Beruf übernommen werden. Daraufhin haben sich verschiedene Interessierte mit Betroffenen zur „**INITIATIVE** zur **Übernahme** aller Lehrlinge in den erlernten Beruf" zusammengeschlossen. Bis heute sind die Bürogehilfinnen immer noch nicht voll in ihren Beruf übernommen worden. Es haben lediglich einige von ihnen auf drei bzw. sechs Monate befristete Arbeitsverträge bekommen. Die Bürogehilfinnen haben sich gewehrt: Sie haben vor der Personalabteilung Opel mit Flugblättern und Transparenten auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Bis heute sind über 500 Unterschriften zusammengekommen. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit im und außerhalb des Betriebes haben sie eine breite Solidarität hergestellt. Die Situation wurde zum Beispiel auf der Belegschaftsversammlung geschildert und in mehreren Zeitschriften sind Artikel erschienen. Ein Interview mit den Betroffenen wurde in einer Sendung der Radiothek (WDR) am 4. 7. 1978 gesendet. Am 15. 9. 78 haben wir zu einer Solidaritätsveranstaltung mit Musik, Theater und Information eingeladen, die sehr großen Anklang gefunden hat. Nur aufgrund dieser Aktivitäten und dem dauernden Drängen der Bürogehilfinnen sind bei vier von ihnen die befristeten Verträge um weitere drei Monate bis Ende Dezember 1978 verlängert worden. Danach sollen nach Aussagen der Opel-Geschäftsleitung die vier nicht weiterbeschäftigt werden. Inzwischen ist jedoch den drei Bürogehilfinnen, die im September 1978 ihre Prüfung wiederholen mußten, ein Sechsmonatsvertrag zugesagt worden.

Vorausgegangen war, daß drei der Betroffenen auf der Belegschaftsversammlung über ihre Situation berichtet haben, was großen Beifall bei den Kolleginnen und Kollegen hervorrief. Weiterhin sind 30 gewerbliche Lehrlinge am 18. 10. 1978 geschlossen zum Betriebsrat gegangen. Sie wollten wissen, ob sie nach ihrer Prüfung im Frühjahr 1979 in ihren Beruf übernommen werden. Auch sie haben auf der Belegschaftsversammlung in ihrer Rede die Übernahme in ihren Beruf gefordert. Die IG Metall sowie einige ihrer Betriebsräte und einige Jugendvertreter haben die Lehrlinge bei ihren Forderungen jedoch nicht unterstützt. Es ist unmöglich, daß einerseits Sonderschichten gefahren und Überstunden im Angestelltenbereich gemacht werden und noch vor kurzem innerbetriebliche Stellenausschreibungen für Bürotätigkeit aushingen, andererseits werden die ausgelernten Bürogehilfinnen sowie die gewerblichen Lehrlinge nicht übernommen oder sie erhalten nur befristete Arbeitsverträge.

Wir fordern, daß alle Lehrlinge nach ihrer Lehre in ihren Beruf übernommen werden!

Kontaktadresse: Malin Bode, Schmechtingstr. 38, 4630 Bochum 1.

Schichtarbeiter-Krankheiten

Nach einer arbeitsmedizinischen Untersuchung im Auftrag der SPD in NRW an 2.750 Schichtarbeitern leiden an Schlafstörungen 66 Prozent der Schichtarbeiter (sechs mal mehr als Normalarbeiter), nervösen Störungen 64 Prozent (2,5 mal mehr als Normalarbeiter), Magengeschwüren 34 Prozent (dreimal mehr als Normalarbeiter) und Appetitlosigkeit 53 Prozent (13 mal mehr als Normalarbeiter). Dabei arbeiten zur Zeit ca. 3,6 Millionen Arbeiter auf Schicht (1960 nur 2,2 Millionen), das sind 15 Prozent aller Arbeiter. Und die Zahl nimmt weiter zu. Denn nicht nur in unbedingt notwendigen Bereichen (Kraftwerke, Krankenhäuser usw.) wird geschichtet, sondern auch immer mehr in allen anderen Branchen, wo teure Maschinen stehen, die sich für die Unternehmer nur rund um die Uhr rentieren.

(Aus „Gegendruck", Zeitung der KPD/ML für Stuttgarter Druckbetriebe.)

Streikbruch — schlecht getarnt



Im November wurde von der Schleudergießerei Buderus Wetzlar Streikbrecherarbeit ausgeführt. Der Auftrag kam von einer britischen Firma, die bestreikt wurde. 6.000 Meter Gasrohre wurden geliefert, bei denen statt des üblichen Stempels „Buderus" ein eigens mit Hand gefertigter Stempel „Stanton & Stavely" aufgedrückt wurde. Das Foto zeigt einen Schönheitsfehler, den die Streikbrecher begangen haben. Da man nicht eigens Kerne herstellen wollte, steht in der Muffe 150 BE 78. Das heißt: 150 Millimeter Durchmesser, BUDERUS EISENWERKE, 1978.

Demonstration der Werftarbeiter in Kiel



Am 13. November demonstrierten in Kiel knapp 600 Werftarbeiter gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der Werftindustrie. Aufgerufen hatte die IG Metall. Die IGM-Bonzen hatten jedoch nicht ernsthaft mobilisiert. Einige Kollegen äußerten sich empört darüber, daß sich nicht einmal ihr Vertrauensmann an der Demonstration beteiligte. Die Parolen, die von der IGM-Führung ausgegeben wurden, forderten mehr Subventionen von der Regierung und Maßnahmen der Regierung gegen die ausländische Schiffbaukonkurrenz. Damit soll die Bewegung der Werftarbeiter auf ein falsches, klassenversöhnlerisches Gleis und auf chauvinistische Bahnen abgelenkt werden. Anders waren jedoch die Parolen, die die Arbeiter selbst angefertigt hatten. Sie forderten den Kampf gegen die Werftkapitalisten.

Kampf dem Aussperrungsterror: Vollstreik

Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen!

Nur ein möglichst machtvoller, geschlossener Streik aller Stahlwerker in allen Betrieben des Tarifbezirks kann die Stahlbarone in die Knie zwingen. Mit der Taktik des Schwerpunktstreiks besteht von vorneherein keine Aussicht auf die Durchsetzung der Forderungen der Stahlwerker. Das ist die Meinung der überwältigenden Mehrheit der Kollegen.

Sind die IGM-Führer etwa anderer Meinung? Oder wollen sie gar nicht, daß die Stahlwerker ihre Forderungen — mindestens 5 Prozent Lohnerhöhung und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — durchsetzen? Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand! Deshalb ist die Empörung unter den Stahlwerkern und auch bei vielen unteren Funktionären der IG Metall so groß. Jeder kann sich doch ausrechnen, daß es für die Konzernherren der Stahlindustrie ein nicht zu unterschätzendes Geschenk ist, wenn die IGM-Führer verhindern, daß auf allen Hütten die Produktion zum Erliegen kommt.

Wenn auf Hoesch-Westfalenhütte gestreikt, auf den anderen beiden Dortmunder Hoesch-Hütten, Phoenix und Union, jedoch gearbeitet wird, so haben die Bosse einige Möglichkeiten in der Hand, die Folgen des Streiks für sich, für ihren Profit zu dämpfen. Und je nach ihren taktischen Überlegungen können die Stahlkapitalisten zur Waffe des Aussperrungsterrors greifen, können dadurch die Initiative auf dem Kampfschauplatz an sich reißen.

Und wie wir gerade erfahren: die Unternehmermafia hat noch am Montag abend, kurz vor dem Beginn des Schwerpunktstreiks, die Aussperrung von 28.000 Stahlwerkern in acht Betrieben ab Freitag dieser Woche angekündigt. Diesen Rettungsring haben ihnen die Herren Loderer, Janßen und Herb hingeworfen! Um so mehr heißt es jetzt: Stahlarbeiter, dreht den Spieß um — laßt euch nicht verschaukeln, sondern nehmt eure Sache selbst in die Hand. Kämpft für den Vollstreik! Alle Räder stehen still, wenn euer starker Arm es will!

Nach dem Beschluß der Stahlkapitalisten vom Montagabend sollen in folgenden Betrieben die Belegschaften ab Freitag früh ausgesperrt werden:

- Hoesch Werk Phoenix (Dortmund)
- Hoesch Werke Werdohl und Hohenlimburg
- alle Thyssenbetriebe in Duisburg, die nicht in den Schwerpunktstreik einbezogen sind
- Thyssen Niederrhein (Oberhausen)
- Mannesmann Röhrenwerke (Mülheim)

IGM-Führer erhalten Druck von unten

Als am Freitag in Krefeld die Verhandlungen über das „letzte Angebot" der Stahlkapitalisten anstanden, waren nicht nur die Mitglieder der IGM-Verhandlungskommission zur Stelle, sondern auch Stahlwerker und IGM-Funktionäre von Thyssen und Mannesmann in Duisburg.

Sie heizten den Vertretern der Verhandlungskommission ordentlich ein und machten den Herren „Arbeitnehmervertretern" unmißverständlich klar, daß die Stahlwerker keine Verhandlungen mehr wollen, daß sie auf der Durchführung des Streiks, der von der erdrückenden Mehrheit bei der Urabstimmung beschlossen wurde, unbedingt bestehen und daß sie keine faulen Kompromisse wollen, sondern die volle Durchsetzung der 5 Prozent und der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Etwa 150 bis 200 Kollegen hatten sich versammelt. Sie hatten Transparente unter anderem mit der Aufschrift: „Keine Kompromisse — 35-Stunden-Woche!" An die Stahlbosse gerichtet, riefen sie: „35-Stunden-Woche bald, sonst werden eure Öfen kalt!" IGM-Bezirksleiter Kurt Herb bekam zu hören: „Kurt Herb, du weißt Bescheid: 5 Stunden weniger Arbeitszeit!" Und Herb bekam noch mehr zu hören, als er auf die demonstrierenden Kollegen traf! Ebenso der Tarifverantwortliche im Frankfurter IGM-Vorstand, Janßen, als er eintraf. Mit Nachdruck stellten die Kollegen klar: Die Urabstimmung ist ein Beschluß, der nicht zu neuen Verhandlungen auffordert, sondern dazu, unverzüglich den Streik zu organisieren!

Ebenfalls am Freitag verabschiedete die Vertrauensleuteversammlung bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen einstimmig eine Resolution an die Große Tarifkommission, in der es heißt: *„Dieses Ja* (gemeint ist das Ergebnis der Urabstimmung — die Red.) *gilt in erster Linie der wirkungsvollen Durchführung von Kampfmaßnahmen. Denn nur durch Streik in allen Stahlbetrieben ist es möglich, unsere Forderungen durchzusetzen."* In der Resolution werden die IGM-Bonzen auch darauf hingewiesen, daß die Kollegen höhere Forderungen als die IGM-Führung gestellt hatten.

ÖTV-Tarifrunde

Kollegen fordern Festbetrag

Für den 4. Dezember hat der Vorstand der Gewerkschaft ÖTV eine Sitzung einberufen, auf der wahrscheinlich ein Vorschlag für die Tarifverhandlungen vorgelegt wird. Es wird erwartet, daß die ÖTV-Führer eine Tariferhöhung von 5 bis 6 Prozent vorschlagen werden. Wie in jedem Jahr, so soll auch diesmal dieser Vorschlag als „Diskussionsempfehlung" dienen, das heißt, er soll die innergewerkschaftlichen Diskussionen über die Lohnforderung von vornherein auf das von den ÖTV-Bonzen erlaubte niedrige Niveau begrenzen.

Dieses Vorgehen von Kluncker und Co. stößt aus zwei Gründen auf die Kritik der überwältigenden Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder. Einmal ist nicht einzusehen, warum angesichts der enormen Steigerung der Arbeitshetze in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes (zum Beispiel Krankenhäuser, Hafenbetriebe usw.) mit einer so geringen Lohnerhöhung vorlieb genommen werden soll. Außerdem ist unter den Mitgliedern der Gewerkschaft ÖTV die Forderung nach einem Festbetrag im Gegensatz zu einer Prozentforderung weit verbreitet.

Der Vorstand der Gewerkschaft ÖTV hat diese Forderungen nach einem Festgeld bisher stets abgeschmettert. Sein Argument ist, daß man aus „Solidarität" mit den Höherverdienenden eine Prozentforderung vertreten müsse. Die „Höherverdienenden" — dazu gehören höhere Beamte, leitende Angestellte, Klinikchefs usw., Menschen also, die zumeist den einfachen Kollegen als Vorgesetzte vorstehen und an der steigenden Ausbeutung mehr oder weniger beteiligt sind und persönlich davon profitieren. Sie, die bereits das Mehrfache einer Krankenschwester, eines Hafenarbeiters usw. verdienen, sollen auch das Mehrfache an Lohnerhöhung bekommen, wenn es nach dem Willen der Bonzen geht. Kein Wunder, denn jene „Höherverdienenden" sind es auch, die in vielen Fällen zugleich die Vorsitzendenpositionen der verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien bekleiden. Eine Tatsache, über die einfache Funktionäre der Gewerkschaft ÖTV zu Recht empört sind.

Der ÖTV-Vorstand hat aber auch schon zu erkennen gegeben, daß er bei der jetzigen Tarifrunde keine Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erheben will. Die ÖTV-Bonzen hoffen, daß der Widerstand gegen diesen Verrat schwach ist. Dabei spekulieren sie hinterhältig auf folgenden Umstand: Bekanntlich hat der Rationalisierungsterror gerade im öffentlichen Dienst dazu geführt, daß die Mehrbelastung der einzelnen Kollegen durch die drastische Erhöhung der Arbeitsintensität enorm gestiegen ist. Immer wieder machen die Kollegen die Erfahrung, daß ihnen mehr Arbeit aufgebürdet wird. Aufgrund dieser Tatsache, die der kapitalistischen Ausbeutung entspringt, und gegen die die ÖTV-Bonzen in der Vergangenheit so gut wie keinen Kampf geführt haben, befürchten viele Kollegen, eine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst würde zu einer unerträglichen Steigerung der Arbeitshetze führen. Die anfallende Arbeit müßte dann eben in kürzerer Zeit erledigt werden.

Die Konsequenz aus diesen Umständen muß jedoch sein, daß man die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der Forderung nach der Erhöhung der Planstellen verknüpfen muß. Aber gerade das boykottieren die ÖTV-Führer.

Die ÖTV-Führung kommt jetzt mit dem Argument, daß die Gewerkschaft ÖTV keine „Vorreiterrolle" in der Frage der Arbeitszeitverkürzung spielen wolle. Das ist eine billige Ausrede. Denn darum geht es gar nicht. Die 35-Stunden-Woche wird allgemein in allen Branchen mehr oder weniger gefordert. So haben ja auch die gerade in den Kampf tretenden Stahlarbeiter diese Losung auf ihre Fahnen geschrieben. Der Verzicht der ÖTV-Bonzen auf diese Forderung ist in Wirklichkeit eine Torpedierung der einheitlichen Kampffront der Arbeiterklasse für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Neues Arbeitsförderungsgesetz

Auf dem Weg zur Zwangsarbeit

In der vergangenen Woche billigte das Bundeskabinett ein von Arbeitsminister Ehrenberg vorgelegtes neues Arbeitsförderungsgesetz. „Ein wichtiger Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit", tönte der Herr Minister. Und sicher wird er auch bald entsprechende Statistiken vorlegen können. Denn „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" nach Art des Hauses Ehrenberg funktioniert so, daß mit bisher ungekannter Brutalität massenweise Erwerbslosen die Unterstützung entzogen wird oder daß sie in Tätigkeiten weggedrängt werden, die weit unter ihrer beruflichen Qualifikation liegen.

Im Einzelnen sieht die 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz folgendes vor:

- Wer „wegen häuslicher Bindungen ... Beschäftigungen nur zu bestimmten Zeiten ausüben kann", wird künftig von der Arbeitsvermittlung und auch von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen. Davon sind Hunderttausende von Frauen betroffen, die aus familiären Gründen nur eine Teilzeitarbeit annehmen wollen. Ausgenommen von dieser Regelung sind nur solche Frauen, die Kinder beaufsichtigen oder pflegebedürftige Personen zu betreuen haben. Aber warum wollen denn auch viele andere Frauen halbtags arbeiten? Weil auf ihnen die doppelte Bürde von Beruf und Haushalt lastet. In den Zeiten der Hochkonjunktur haben viele Kapitalisten gerade die Frauen mit Hausfrauenschichten und anderen Teilzeitarbeiten als billige Arbeitskräfte in ihre Betriebe geholt. Und heute sind die werktätigen Frauen nicht nur unter den ersten, die auf die Straße gesetzt werden. Jetzt will Bonn mit einem Federstrich auch noch den Teilzeitarbeiterinnen ihre Unterstützung rauben, die Unterstützung, für die sie jahre- oder jahrzehntelang Beiträge eingezahlt haben.
- Zum ersten Mal ist in Ehrenbergs Gesetz auch die Frage der sogenannten Zumutbarkeit für Arbeitslose bundesweit eindeutig geregelt. Und der Text des Gesetzes bestätigt, was der „Rote Morgen" in der vergangenen Woche schrieb: „Für Arbeitslose ist alles zumutbar." Wirklich alles. Denn künftig muß ein Arbeitsloser jede Tätigkeit annehmen, die ihm zugewiesen wird. Ausdrücklich ist im Gesetz vermerkt, daß es auch zumutbar ist, „wenn für den Arbeitslosen ein anderer Träger der gesetzlichen Rentenversicherung zuständig ist." Im Klartext heißt das: Auch ein Angestellter muß nach Ehrenbergs neuem Gesetz eine Tätigkeit als Hilfsarbeiter annehmen (Wechsel der Rentenversicherung). Für den Facharbeiter gilt das sowieso. Und den Kapitalisten sind bei der Ausbeutung von Kollegen, die arbeitslos waren, kaum noch Schranken gesetzt. Denn die haben auch keine Möglichkeit, eine weit unterbezahlte Arbeit abzulehnen, vorausgesetzt, es wird mindestens der Tariflohn bezahlt.

Aber der Arbeitslose muß nach dem neuen Gesetz nicht nur jede Arbeit annehmen, die unter seinem bisherigen Lohn und seiner beruflichen Qualifikation liegt. Er muß buchstäblich auch eine jede Arbeit an jedem beliebigen Ort akzeptieren. Ausdrücklich wird erklärt, daß sogar ein solcher Arbeitsplatz „zumutbar" ist, der so weit entfernt liegt, daß der Kollege nur noch am Wochenende zu seiner Familie fahren kann. So werden Arbeitslose rücksichtslos zu Wanderarbeitern gemacht, die den größten Teil der Woche von ihren Familien getrennt sind.

- Für bestimmte Gruppen von Arbeitslosen sollen die Arbeitsämter „eine regelmäßige Meldung zu festgelegten Zeiten anordnen können". Damit können sie unter Umständen gezwungen werden, jeden Tag zu erscheinen. Sie dürfen sich dann faktisch nicht außerhalb des Ortes, an dem sie arbeitslos gemeldet sind, aufhalten.
- Und wer sich den Auflagen nicht fügt, wer es ablehnt, eine Arbeit unter solchen Bedingungen wie oben beschrieben anzunehmen, der wird hart bestraft. Das Arbeitslosengeld wird ihm beim ersten Mal für einen Monat gestrichen. Und läßt er sich beim zweiten Mal nicht zumuten, was die Herren Ehrenberg und Co. für „zumutbar" erklären, dann verliert er vollständig jeden Anspruch auf sein Arbeitslosengeld.

Gerade hier wird der brutale Zwangscharakter dieses neuen Gesetzes deutlich. Die Arbeitslosen werden nahezu vollständig entrechtet. Denn was es für einen Erwerbslosen und seine Familie bedeutet, die Unterstützung zu verlieren, daß kann man sich nur unschwer ausmalen. So verfügen die Herren in Bonn mit dreister Unverschämtheit über die Gelder der Arbeitslosenversicherung, die von den Werktätigen selbst aufgebracht worden sind. Jeder, der sich seiner zunehmenden Verelendung nicht fügt, soll vom Bezug dieser Gelder ausgeschlossen werden. Den Kapitalisten dagegen werden aus dem Topf der Arbeitslosenversicherungen fette Subventionen zugeschanzt, wenn sie etwa ehemalige Arbeitslose als billige Arbeitskräfte einstellen.

Das neue Arbeitsförderungsgesetz ist ein weiterer Schritt hin zum Arbeitsdienst, zur offenen Zwangsarbeit, wie es das deutsche Volk schon einmal erlebt hat. Dieses Gesetz ist die legale Verankerung des berüchtigten „Runderlasses 230" der Arbeitsämter, gegen den sich in den vergangenen Wochen ein Sturm des Protestes erhoben hat. Im Eiltempo soll dieses Machwerk jetzt durchs Parlament gepeitscht werden. Dagegen müssen alle Werktätigen, Beschäftigte wie Arbeitslose, gemeinsam den Widerstand organisieren.

Weg mit dem neuen Arbeitsförderungsgesetz! Weg mit dem Runderlaß 230!

Alle Jahre wieder

„Fünf Weise" fordern Lohnverzicht

Alle Jahre wieder in der Vorweihnachtszeit treten sie ans Licht der Öffentlichkeit: die fünf vom Bonner Staat hochbezahlten Professoren des sogenannten Sachverständigenrats. Und damit ihre alljährlichen Prophezeiungen über die Wirtschaftsentwicklung des nächsten Jahres auch die nötige Weihe bekommen, hat die bürgerliche Presse diesen Herren ehrfurchtsvoll den Namen „Fünf Weise" verliehen.

Und sie geben sich wirklich viel Mühe, diese „Weisen", sie sind das viele Geld, das der Staat in sie und ihre Orakel investiert, schon wert. Mal pinseln sie die von ihnen prophezeite Wirtschaftszukunft in den düstersten Farben aus, mal setzen sie auch rosige Farbtupfer auf. So zum Beispiel in ihrem jetzigen Gutachten, wo sich „alles zusammenfügt zum Bild einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung". Aber ob die Zukunft dunkel oder hell ist, ob Abschwung oder Aufschwung bevorsteht, in einem sind die Weissagungen der fünf Herren doch immer gleich: in der Drohung nämlich, daß Lohnerhöhungen für die Werktätigen der Anfang vom Ende wären.

Früher hieß es, solche Lohnerhöhungen würden die Flaute noch weiter verstärken. Und heute, wo eine „Aufwärtsbewegung" vorausgesagt wird, sollen sich nicht etwa auch die Löhne und Gehälter nach oben bewegen. Denn das — so schlußfolgern die „Sachverständigen" messerscharf — würde den Aufschwung vorwegnehmen und ihn letztlich zunichtemachen. So werden denn für das nächste Jahr Tarifabschlüsse empfohlen, die noch niedriger als die des laufenden Jahres sind.

Kein Wunder also, daß angefangen bei den Banken über die Unternehmerverbände bis hin zur Bundesregierung einhelliges Lob über dieses Gutachten herrschte. Denn es fügt sich ja, daß die „Fünf Weisen" immer dann an die Öffentlichkeit treten, wenn die Runde der Tarifverhandlungen beginnt. Und massive Propaganda für „maßvolle Lohnabschlüsse" zu betreiben, das ist ja auch die wesentliche Aufgabe des „Sachverständigenrats". Daß es die Herren Professoren mit der Wissenschaftlichkeit dabei nicht so genau nehmen und sich lieber auf das freie Spekulieren verlassen, veranschaulichen die folgenden Zahlen.

Um die Forderung nach Lohnraubabschlüssen zu untermauern, haben die „Sachverständigen" für das nächste Jahr eine Steigerung der Verbraucherpreise von nur 2,5 Prozent herausgefunden. Wie sie darauf gekommen sind, wird wohl ihr Geheimnis bleiben. Denn selbst das diesjährige Herbstgutachten der Forschungsinstitute sagt eine Preissteigerung von 3,5 Prozent voraus. Und auch diese Zahl ist noch kräftig geschönt. So entpuppen sich die „Fünf Weisen" als Gaukler, die mit Zahlenspielereien den Kapitalisten und ihrer Regierung die nötige propagandistische Munition für die anstehenden Tarifrunden liefern sollen.

Die Wirkung dieser Tricks auf die Werktätigen wird aber nicht den gewünschten Erfolg zeigen. Denn die Arbeiter und kleinen Angestellten haben schon in diesem Jahr am eigenen Leib erfahren, daß die ihnen von den Kapitalisten im Verein mit den reaktionären Gewerkschaftsbonzen aufgezwungenen Tarifabschlüsse eine faktische Senkung der Löhne und Gehälter bedeuteten. Und die machtvollen Protestaktionen der Stahlarbeiter in den letzten Wochen haben deutlich gemacht, daß sich die Werktätigen nicht mit „maßvollen Lohnerhöhungen" zugunsten einer maßlosen Steigerung der Unternehmerprofite abspeisen lassen.



Stahlarbeiter gegen Lohnraubabschlüsse (Bild: Stahlarbeiterdemonstration letzte Woche in Bochum)

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Vor einigen Wochen erschien ein Bericht in der „WAZ", der sich sehr lobend über die Sparmaßnahmen des Bethesda-Krankenhauses äußerte, der Verwaltungsdirektor Roos wurde als weitsichtiger, wirtschaftlich kluger Mann gelobt. Ohne Umschweife wurde betont, daß im Bethesda vor allem Personal eingespart wird. Die „WAZ" war darüber voll des Lobes. Daß Patienten letztendlich deshalb nicht mehr richtig versorgt werden können, daß Schwestern und Pfleger in ständiger Hetze ihre Arbeit verrichten und sich fragen, wie lange sie das gesundheitlich überhaupt noch durchhalten, darüber kein Wort.

Der Alptraum

Eines Tages nun hatte Herr Roos einen ganz bösen Alptraum...

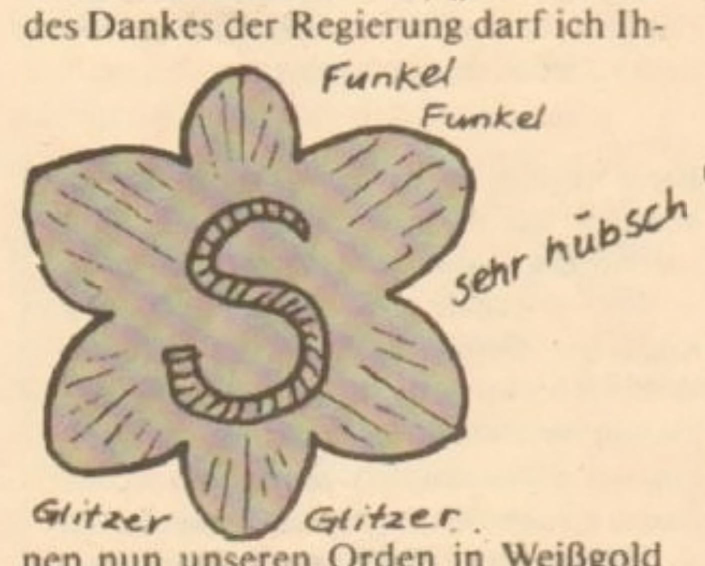
Das heißt, zuerst fing eigentlich alles ganz schön an...

Die Heerstraße war abgesperrt, starke Polizeikräfte waren um das Krankenhaus konzentriert, MP im Anschlag. Pünktlich um 9.00 Uhr fuhr ein Mercedes 600 vor dem Bethesda vor, die Tür des Wagenfonds wird aufgerissen, ein grauhaariger Herr entsteigt — ja, darf denn das wahr sein? Das ist doch der Herr Ministerpräsident Dr. Heinz Streichekühn aus Düsseldorf persönlich, in seiner Begleitung befindet sich ein Herr vom Krankenkassenverband, und zwar Herr Theodor Liegekurz, mit ihren smarten Aktenkoffern eilen beide Herren über den roten Empfangsteppich ins Bethesda. Ihr Ziel: ein Besuch beim Verwaltungsdirektor Roos.

„Mein lieber Herr Roos", beginnt händeschüttelnd der Herr Ministerpräsident Dr. Streichekühn, „im Namen meiner Regierung darf ich Ihnen heute unseren allerherzlichsten Glückwunsch zu den erfolgreichen und sehr löblichen Sparmaßnahmen Ihres sehr geschätzten Hauses aussprechen. Sie haben vorbildliche Arbeit geleistet, mein Bester, am Personal sparen, das ist die Lösung, das ist von jeher die Meinung unserer Regierung gewesen."

„Darf auch ich kurz den Dank des Krankenkassenverbandes aussprechen", unterbricht hier Theodor Liegekurz den Redeschwall des Herrn Ministerpräsidenten. „Ärztemuster an Medikamenten einzusetzen, sehr verehrter Herr Verwaltungsdirektor, das entspricht genau den Vorstellungen unseres Verbandes zur Senkung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen."

Dr. Streichekühn hat inzwischen ein geheimnisvolles Schächtelchen aus seinem Aktenkoffer entnommen: „Und nun kommen wir zum feierlichen Akt, meine Herren, darf ich Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben." — Er macht eine kurze Pause, um die Spannung zu erhöhen. — „Mein lieber Herr Roos", fährt er mit erhobener Stimme fort, „als Zeichen des Dankes der Regierung darf ich Ihnen unseren Orden in Weißgold mit eingraviertem S für besondere Sparsamkeit überreichen, der erst kürzlich für diese Art Fälle extra geprägt wurde."



Gemessenen Schrittes schreitet er auf Herrn Roos zu, doch was ist denn das? Für diesen ist das zuviel, er greift sich an die Brust und sinkt stöhnend im Sessel zusammen: Herzinfarkt!



„Die Schwester Anno 1980" heißt dies Gemälde aus Bonn. Im Original wurde es im Bundesgesundheitsministerium ausgebrütet.

„Schnell eine Schwester, einen Arzt, der Mann muß sofort behandelt werden", schreien Streichekühn und Liegekurz durcheinander.

Doch das ist alles gar nicht so einfach, woher nehmen und nicht stehlen? Alle sind mit ihren Aufgaben sowieso schon überlastet, und dann, wohin mit dem Herrn Verwaltungsdirektor?

Alle Betten sind belegt, schließlich gelingt es, ihn doch noch auf einer Station unterzubringen, allerdings ist nur noch das Badezimmer frei, die Leiche, die gerade dort noch stand, wird eiligst rausgefahren.

Und nun? Womit den Herrn Roos behandeln? Da die Medikamente von der Apotheke nur abgezählt in 10er-Streifen geliefert werden, sind sie gerade mal wieder ausgegangen.

Jemand wird schnell zur Apotheke geschickt, die Antwort kommt prompt: „Haben wir nicht, für diese Fälle ist nur das Ärztemuster ‚Profitolon' vorhanden. Versuchen Sie es damit." Es nutzt alles nichts, der Herr Verwaltungsdirektor muß sterben! „Nun hat er sich selbst zu Tode gespart, er kann einem direkt leid tun", heißt es auf seiner Trauerfeier. Bevor der Sargdeckel geschlossen wird, heftet man ihm noch den eigens geprägten Orden mit dem großen S ans Totenhemd... Verwaltungsdirektor Roos erwacht schweißgebadet und denkt: „Gott sei Dank, alles nur ein Traum..." Aber er soll sich vorsehen, schon mancher Traum ist zur Wirklichkeit geworden!



Geschichte des Altertums, Hrsg. von A. W. Mischulin, 220 Seiten, illustriert, kartoniert, 7,80 Mark, Verlag Neue Zeit

Die „Geschichte des Altertums" ist der erste in einer Reihe von vier Bänden, die die Geschichte bis zum Jahre 1918 darstellen. Der Band „Geschichte der Neuzeit 1870 - 1918" ist bereits erschienen (7,80 Mark, Verlag Neue Zeit); die Bände „Geschichte des Mittelalters" und „Geschichte der Neuzeit 1640 - 1870" werden folgen. Die vier Bände erschienen in deutscher Sprache erstmals kurz nach dem Krieg in der damaligen sowjetisch besetzten Zone als Lehrbücher für den Schulunterricht.

Die Bände enthalten knappe, informative Betrachtungen, die die wichtigsten historischen Ereignisse im Lichte der Klassenbewegungen und des Fortschritts in der Geschichte darstellen. Die einzelnen Abschnitte und Darstellungen sind übersichtlich gegliedert und mit vielen Illustrationen versehen. Sie sind ein gut überschaubares und anschauliches Nachschlage- und Arbeitsbuch für jeden, der wissen will, wie die Geschichte wirklich war.

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror. 380 Seiten, illustriert, kartoniert. 15 Mark. Röderberg-Verlag, Frankfurt

Das „Braunbuch", im August 1933 erschienen, ist ein einzigartiges zeitgeschichtliches Dokument. Es enthält — neben der schlüssigen Darstellung der Vorgänge um den Reichstagsbrand — eine Aufzeichnung der ersten fünf Monate nazifaschistischen Terrors, geschrieben aus eigenem Erleben. Es entstand als Gemeinschaftsarbeit deutscher Antifaschisten innerhalb und außerhalb Deutschlands. Die umfassende Dokumentation zeigte der Welt erstmals das wahre Gesicht des deutschen Faschismus und wirkte weltweit alarmierend. Innerhalb weniger Wochen erschienen 17 fremdsprachige Ausgaben, aber auch in Deutschland selbst zirkulierte es — illegal — in beträchtlicher Zahl.

Die vorliegende Ausgabe, illustriert mit zahlreichen Bild- und Fotodokumenten, ist ein originalgetreuer Faksimile-Nachdruck.


Mordterror statt Brot und Arbeit!

Das dritte Reich der Reichen ist da

Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblatts 1933 - 1945. 240 Faksimiles und sechs originalgetreue Reproduktionen, zusammengestellt und eingeführt von M. Pikarski und G. Uebel. Leinenkassette, 89 Mark. Röderberg-Verlag, Frankfurt

Die in einer Kassette zusammengefaßten Faksimiles von Flugblättern geben ein eindrucksvolles Bild des Kampfes der KPD und ihrer Massenorganisationen gegen die nazifaschistische Diktatur. Sie sind wertvolles authentisches Material über die jüngste Vergangenheit der revolutionären Bewegung in Deutschland; sie zeigen Breite und Vielfalt des antifaschistischen Widerstandskampfes und die führende Rolle, die die KPD in diesem Kampf spielte.

Der Sammlung liegt ein Erläuterungsheft bei, das den geschichtlichen Hintergrund, die Schwierigkeiten der illegalen Flugblattpropaganda im Dritten Reich sowie ihre politische Wirksamkeit beschreibt.

Max von der Grün / Irrlicht und Feuer. Roman, 188 Seiten, Taschenbuchausgabe, 4,80 Mark, rororo

Max von der Grün / Stellenweise Glatteis. Roman, Taschenbuchausgabe, 9,80 Mark

Max von der Grün kennt das Leben, die Arbeit und den Kampf der Arbeiter, über die er schreibt. Er hat 13 Jahre als Schlepper, Hauer und Grubenlokführer gearbeitet. Seine Romane sind spannend und packend geschrieben; sie nehmen Partei für den Arbeiter — gegen die Bosse, die ihn ausbeuten, gegen die Bonzen, die ihn verraten. Als 1963 „Irrlicht und Feuer" erschien, der Roman um den Hauer Jürgen Fohrmann und die Stillegung seiner Zeche, fühlten sich sowohl die Zechenherren als auch die Gewerkschaftsführer auf den Schlips getreten. Max von der Grün wurde von der Zeche, wo er arbeitete, gekündigt; Walter Arendt, damals noch stellvertretender Vorsitzender der IGBE, sagte: „Dieses Buch gehört verbrannt."

Der 1973 erschienene Roman „Stellenweise Glatteis" führt uns in ein großes Dortmunder Fuhrunternehmen: Der Lastwagenfahrer Karl Maiwald entdeckt, daß die Belegschaft mittels einer heimlich installierten Abhöranlage von der Geschäftsleitung ausgehorcht wird...

Erich Weinert / Camaradas — Ein Buch aus dem spanischen Bürgerkrieg. Gedichte, Erzählungen, Szenen. 330 Seiten, kartoniert, 7,50 Mark. Vertrieb über Verlag Roter Morgen

Erich Weinert / Ein Lesebuch für unsere Zeit, 420 Seiten, Leinen, 6,90 Mark, Aufbau-Verlag, DDR

Der Name des Dichters Erich Weinert bleibt mit den revolutionären Kämpfen der Arbeiter in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts verknüpft. Weinert, der Mitglied der KPD und später der SED war, unterstützte mit seinen aufrüttelnden Dichtungen unermüdlich den Kampf gegen Imperialismus, Krieg und Faschismus, für die sozialistische Revolution. 1937 bis 1939 nahm er am Kampf der Internationalen Brigaden gegen die Francisten in Spanien teil. Hauptsächlich das in dieser Zeit Entstandene sammelte er in dem Band Camaradas, der auch heute noch ein eindrucksvolles literarisches Zeugnis des spanischen Bürgerkriegs ist.

Das „Lesebuch" gibt einen Überblick über Weinerts gesamtes Schaffen. Es enthält Gedichte, Lieder, Erzählungen, Szenen, autobiographische Schriften und Schriften zu Fragen der Literatur.





Günter Wallraff/Der Aufmacher. Der Mann, der bei „Bild" Hans Esser war. 240 Seiten, illustriert, kartoniert. 10 Mark. Verlag Kiepenheuer und Witsch

Fast fünf Monate war Günter Wallraff 1977 bei „Bild" als Redakteur tätig, in der Redaktion Hannover. Dort hat er die „Bild"-Zeitung von innen kennengelernt. Sein Bericht über die „Bild"-Macher und -Schreiber, über die verschiedenen Praktiken der Verfälschung und Lüge liest sich wie ein Kriminalroman. Er zeigt, wie in der Bundesrepublik die vielzitierte Meinungsfreiheit, die eine Meinungsfreiheit der Millionäre ist, wirklich funktioniert.

Gutes, lebendiges Anschauungsmaterial über die bundesrepublikanische Wirklichkeit ist auch das Buch von

Bernt Engelmann, Günter Wallraff/Ihr da oben — wir da unten. 310 Seiten, illustriert, Taschenbuch. 5,80 Mark. rororo

Der Journalist, Korrespondent und Redakteur Bernt Engelmann und Günter Wallraff haben sich in diesem Buch zusammengetan, um die Besitzerelite der bundesdeutschen Gesellschaft gemeinsam in die Zange zu nehmen. Aus zwei Perspektiven — Engelmann als Chronist der Großunternehmer und Großgrundbesitzer von „oben" und Wallraff mit eigenen Erlebnisberichten von „unten" — beleuchten sie die sonst verborgene Welt der Milliardäre und zeigen ihren wenig glänzenden Hintergrund.

Bruno Apitz / Nackt unter Wölfen. Roman, 530 Seiten, Leinen, 11,60 Mark, Röderberg-Verlag

Der erste deutsche Roman über das KZ Buchenwald erschien erstmals 1958. In 27 Sprachen übersetzt, hat er mittlerweile eine Auflage von zwei Millionen Exemplaren überschritten. Er erzählt die Geschichte des kleinen polnischen Kindes Stefan, das zusammen mit einem Häftlingstransport unentdeckt in das Lager gerät. Er erzählt gleichzeitig die Geschichte der letzten Wochen und Monate des Lagers; er schildert die Barbarei der vom Untergang bedrohten Bestie Faschismus; er gibt ein eindrucksvolles Bild von der illegalen Buchenwalder Widerstandsorganisation und ihrer Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand, auf die Selbstbefreiung des Lagers.



Peter O. Chotjewitz / Die Herren des Morgengrauens. Romanfragment, 190 Seiten, Taschenbuchausgabe, 12 Mark, Rotbuch Verlag

Peter O. Chotjewitz beschreibt in seinem Romanfragment die persönlichen Folgen eines Sympathisantenverdachts. Gegen den Rechtsanwalt und Schriftsteller Fritz Buchonia — der die Züge Chotjewitz' trägt — wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen Aufforderung zur Gewalt.

Der Roman ist eine beißende Anklage der faschistischen Tendenzen in Westdeutschland, der Bespitzelungs- und Überwachungspraxis, der Hetze gegen fortschrittliche Menschen, der Vorgehensweise der Justiz, der Lage der politischen Gefangenen, der Vorgänge um die Stammheimer „Selbstmorde" usw. Siehe auch die Besprechung im „Roten Morgen" Nr. 39/78.

Sergej Mstislawski / Die Krähe ist ein Frühlingsvogel. Historischer Roman, 394 Seiten, Leinen, 12,80 Mark, Weltkreis-Verlag

Der revolutionäre Roman „Die Krähe ist ein Frühlingsvogel" ist nun wieder in einer deutschen Ausgabe erhältlich. Held des fesselnd geschriebenen Buches ist der Bolschewik Baumann. Von Lenin im Exil geschult, kehrt er illegal in das zaristische Rußland zurück. Wir verfolgen seinen Weg durch die Städte und Dörfer des ausgeplünderten und geknebelten Landes, wo das Proletariat und die Bauernschaft erwachen und zu kämpfen beginnen. Wir erleben den Kampf der Revolutionäre gegen die Ökonomisten und Reformisten, die die Einheit der proletarischen Partei bedrohen; wir lernen das Leben der politischen Gefangenen in den zaristischen Kerkern kennen; wir verfolgen die sich entwickelnde erste russische Revolution bis hin zum Moskauer Aufstand im Dezember 1905.



Dritero Agolli / Kommissar Memo. Roman, 322 Seiten, Taschenbuchausgabe, 4,80 Mark, Verlag 8 Nentori, Tirana, zu beziehen über den Verlag Roter Morgen

Dritero Agolli, Vorsitzender des albanischen Schriftstellerverbandes, gibt in seinem 1970 erstmals veröffentlichten Roman ein lebendiges Bild des antifaschistischen Volksbefreiungskrieges der Jahre 1939 bis 1944. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Gestalt Memos, eines der roten Kommissare, die im albanischen Volk das Ideal einer neuen Welt ohne Faschismus, ohne Ausbeutung und Unterdrückung weckten. Der Roman ist in der Form einer Kette von Erinnerungen geschrieben, die sich die engen Kampfgefährten aus dem Partisanenbataillon des Kommissars auf dem Weg zum Geburtsort des Kommissars ins Gedächtnis rufen. Mitreißend erzählt, unterstreicht der Roman die Verbindung der Traditionen und Ideen der Jahre der Volksrevolution mit der Gegenwart und bringt diese Epoche dem Leser näher.

Maxim Gorki / Autobiographische Romane, 750 Seiten, Taschenbuchausgabe, 11,80 Mark, dtv-Dünndruckausgabe

Maxim Gorki, der große russische Dichter und Revolutionär, ist einer der Begründer des sozialistischen Realismus. In seinen Romanen, Erzählungen, Dramen schildert er das unterdrückte, aufbegehrende, sich zur Revolution erhebende russische Volk. Er ist gleichzeitig ein beißender Kritiker der Bourgeoisie, des Zarismus, der Ausbeuter und Unterdrücker, deren Macht das Leben der werktätigen Menschen vergiftet und deformiert, die aber nicht in der Lage ist, ihren Freiheitswillen auszulöschen.



In den drei Romanen schildert Gorki seine eigene Kindheit und Jugend unter Kleinbürgern und Werktätigen. Er entwirft ein realistisches Bild der russischen Gesellschaft gegen Ende des letzten Jahrhunderts; er schildert die unter dem Druck der Brutalität, der Gemeinheiten, der Verzweiflung des russischen Lebens trotzdem wachsende Sehnsucht nach Revolution und sozialer Gerechtigkeit.

In der Reihe der dtv-Dünndruckausgaben sind weitere Bücher von Gorki erschienen, die jeweils mehrere Romane oder Erzählungen enthalten und zwischen 11,80 Mark und 15,80 Mark kosten.



Schmetterlinge / Proletenpassion. 3 LPs, auf Antagon Musikgesellschaft (3213 1/2/3), im Vertrieb der Membran Musik-Vertrieb GmbH, Hamburg, 39 Mark

„Heut kühlen alle Küchen aus / die Frauen bleiben nicht zu Haus / zum Kochen und zum Schaffen, / sie ziehen zum Kommunehaus / und fordern: Gebt uns Gewehre aus; / gebt uns Frauen Waffen! // Wie ihre roten Wangen glühn / beim Barrikadenbauen / die bisher schönsten Frauen / die Frauen der Kommune." — So lautet der erste Teil eines der schönsten Lieder aus der „Proletenpassion" der Schmetterlinge, der zweieinhalbstündigen Politrevue über die Geschichte der revolutionären Volkskämpfe. Ihre Abschnitte sind: „Die Bauernkriege", „Die Revolution der Bürger", „Die Pariser Kommune", „Oktober 1917 in Rußland", „Der Faschismus", „Epilog". Die „Proletenpassion" ist ein Versuch, Elemente der Rock-, Folkrock- und Popmusik mit politisch fortschrittlichen Texten zu einem Ganzen zu verschmelzen.

Hanns Eisler / Die Mutter — Kantate nach dem Schauspiel von Bertolt Brecht, LP, VEB Deutsche Schallplatten Berlin DDR (Nova 885001), 12,80 Mark

Leben und Werk Hanns Eislers (1898 bis 1962) ist mit der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung untrennbar verbunden. Durch die Verknüpfung seiner hohen künstlerischen Begabung mit den Bestrebungen und Kämpfen der Arbeiterklasse entwickelte sich Eisler zum bedeutendsten Komponisten der jüngsten Periode in der Geschichte Deutschlands.



Eisler schrieb die Musik zu Brechts Schauspiel „Die Mutter" — einem der ersten bedeutenden Werke des sozialistischen Realismus — das 1932 erstmals aufgeführt wurde. In den folgenden zwanzig Jahren hat Eisler immer wieder an der Musik zur „Mutter" gearbeitet, hat sie verbessert und die Anzahl der Musikstücke erweitert. Im Juni 1949 wurde erstmals eine Kantatenfassung der „Mutter" mit Zwischentexten und kurzen Dialogen vom Wiener Rundfunk gesendet, die jedoch nicht erhalten geblieben ist. Anläßlich des 70. Geburtstages Hanns Eislers wurde 1968 eine Neufassung der Kantate erarbeitet, der die vorliegende Aufnahme folgt.

Weitere Eisler-Platten sind im VEB Deutsche Schallplatten Berlin DDR erschienen: Hanns Eisler / Lieder mit Ernst Busch (Nova 885004), 12,80 Mark // Ernst Busch singt Hanns Eisler / Kurt Tucholsky (Eterna 810019), 12,80 Mark // Hanns Eisler / Lieder mit Sonja Kehler (Nova 885087), 12,80 Mark // Hanns Eisler / Lieder mit Gisela May (Nova 885037), 12,80 Mark.

Walter Mossmann / Neue Flugblatt-Lieder, LP, Trikont — Reihe Unsere Stimme (US-31), 19,80 Mark

Walter Mossmann sagt über politische Lieder: „Sie haben eine Funktion in der politischen Arbeit genauso wie alle anderen verfügbaren Ausdrucksmittel, Film, Foto, Comic, Karikatur. Es gibt tausendmal mehr brauchbare und witzige und schöne Lieder, als man dem Plattenmarkt anmerken kann. Aber die meisten wirksamsten Songs kriegt man nur zu hören, wenn man an den Kämpfen beteiligt ist, in denen sie entstehen und oft wieder verschwinden. Ihre Nützlichkeit kann man nicht an Verkaufsquoten messen, man muß sie ausprobieren."

Mossmanns Lieder sind genau in dieser Weise brauchbar, witzig und wirksam. Sie klagen die Herrschenden an; sie ergreifen Partei für die Ausgebeuteten und Unterdrückten. Das zeigt sich auch an seinen „Neuen Flugblattliedern", zeigt sich an Liedern wie der „Ballade von Seveso", dem „Lied vom arbeitslosen Mann", dem „Stoltenberglied" und anderen.

Nach 6 Jahren Prozeßterror

Klaus Singer muß Haftstrafe antreten

Am 1. Dezember 1978 muß Klaus Singer in Darmstadt eine einjährige Haftstrafe antreten. Sein „Verbrechen": Er hatte zusammen mit Tausenden anderen Demonstranten am 1. September 1972 in München gegen den imperialistischen Krieg demonstriert. Klaus Singer ist bereits der neunte Demonstrant, der wegen des Roten Antikriegstages '72 eingekerkert wird!



Genosse Klaus Singer

Selber bei den Ereignissen von München durch getarnte Polizisten in Zivil von hinten angefallen und brutal zusammengeschlagen, wurde Klaus Singer später vorgeworfen, er habe zwei Polizeibeamte „verletzt". Die widersprüchlichen Zeugenaussagen dieser Polizisten demonstrierten eigentlich die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe. Das war natürlich kein Grund für das Gericht, Klaus freizusprechen. Gerade weil Klaus das Recht auf die Münchner Demonstration mutig verteidigte, sollte er demonstrativ wegen seiner kommunistischen Gesinnung verurteilt werden.

Mit einem beispiellosen Prozeßterror wollte man ihn beugen: 1973 — Hauptverhandlung, in deren Verlauf ihm eine hohe Ordnungsstrafe auferlegt wurde, weil er sich berechtigterweise gegen den Vorwurf des „Waffenbesitzes" gewehrt hatte. 1. Urteil: 1 Jahr Gefängnis mit Bewährung. Noch im Gerichtssaal werden sämtliche Verteidigungsunterlagen beschlagnahmt, aus denen daraufhin eine Anklage gegen Klaus wegen Beleidigung und Verleumdung der beiden Polizisten zusammengezimmert wird. Gegen einen Strafbefehl über 1.000 Mark legt Klaus Berufung ein. Dieses Nebenverfahren geht durch alle Instanzen. Klaus wird zwischendurch freigesprochen, die Staatsanwaltschaft legt Revision ein. Erst 1977 wird dieses Nebenverfahren vorläufig eingestellt.

Dazu schrieb Klaus Singer in einer Presseerklärung: „Mit diesem Verfahren im Hintergrund, das eine ganz massive Behinderung meiner Verteidigung darstellte, bedrohte es doch meine Verteidigung mit Strafe, wurde das Hauptverfahren fortgesetzt. In der Berufungsinstanz wurde das erste Urteil bestätigt: ein Jahr Haft mit Bewährung wegen besonders schwerem Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung."

Daraufhin Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft gegen die Bewährung. Das Bayrische Oberste Landgericht hebt das Urteil mit der Begründung auf, daß es Bewährung für Extremisten nicht geben dürfe. Am 3. 10. 77 fällt das letztinstanzliche Urteil: 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung! Im April '78 wird die von Klaus eingelegte Revision abgewiesen. Ohne Begründung! Dazu Klaus in seiner Presseerklärung: „Das Verfahren ist von Anfang an nur aus politischen Gründen zustandegekommen und diente und dient nur dem einen Zweck, fortschrittliche und kommunistische Bestrebungen zu kriminalisieren."

Wenn Klaus Singer jetzt seine Haftstrafe antritt, ist ihm die Solidarität aller fortschrittlichen Menschen in unserem Land gewiß. Bevor er ins Gefängnis ging, sandte der Genosse Klaus dem „Roten Morgen" den folgenden Brief:

Brief des Genossen Klaus Singer

Liebe Genossen!

Wie Ihr wißt, soll ich am 1. 12. 78 für ein Jahr ins Gefängnis, weil ich am Roten Antikriegstag 1972 in München teilgenommen habe. Es bleiben mir somit nur noch wenige Tage in (der relativen) Freiheit hier. Ich möchte mich von Euch und den Lesern des „Roten Morgens", von den Sympathisanten und Genossen der Partei auf diesem Wege verabschieden. Ich trete dieses Jahr an in dem festen Bewußtsein, für eine gerechte und richtige Sache, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, eingetreten und verurteilt worden zu sein. Entgegen allen Versuchen der Bourgeoisie, die Sache so hinzustellen, als sei ich, als seien die anderen Kämpfer des Roten Antikriegstags 1972 Kriminelle, erkläre ich: Dieses Urteil ist ein reines Gesinnungsurteil, es ist aus politischen Gründen, aus Gründen der Unterdrückung des Volkes gefällt worden.

Genossen! Auch wenn ich aus bestimmten Gründen nicht warte, bis mich die Polizei abholt, sondern selbst ins Gefängnis gehe, so ist das kein Zeichen eines Funkens von Zustimmung von mir zu diesem Urteil.

Hier in Rüsselsheim und Umgebung, besonders auch in Darmstadt, wo ich ins Gefängnis komme, wird noch einiges unternommen, um die Sache bekanntzumachen. So hat die RHD Plakate, Aufkleber, Solidaritätspostkarten und Flugblätter erstellt. Am kommenden Samstag wird eine kleine Veranstaltung durchgeführt, auf der besonders die Frage geklärt werden soll, wie die Solidarität am wirkungsvollsten organisiert werden kann.

Verschiedene Freunde und Bekannte haben sich schon spontan bereit erklärt, Abonnements zu übernehmen bzw. mir laufend ihre abonnierten Zeitungen/Zeitschriften weiterzuleiten. Wenn alle, die versprochen haben, mich zu besuchen, auch tatsächlich kommen, reicht das eine Jahr gar nicht aus, um allen Besuch zu empfangen. Wiederholte Male haben mir Leute, die ich nur vom Verkauf des „Roten Morgens" her flüchtig kenne, ihre Solidarität versichert. Diese Begebenheiten — und seien sie noch so (scheinbar) klein und unbedeutend — sind besonders für mich als dem Betroffenen ungeheuer wichtig und helfen einem sehr. Denn sie zeigen, daß man nicht abgeschrieben und vergessen ist, daß man nicht als Krimineller angesehen wird, wie das die Bourgeoisie gerne hätte. Die hauptsächliche Reaktion der meisten Leute ist jedoch, wenn man sie auf das Urteil anspricht, Erstaunen und Zweifel. Und das in der Regel nicht, weil sie uns für Lügner halten. Es ist eher die Haltung: „Das darf doch nicht wahr sein!" Wobei die Älteren gleich Parallelen zum Hitler-Regime ziehen. Viele wollen einfach noch nicht wahrhaben, wie weit die Faschisierung hier vorangeschritten ist. Der Bourgeoisie gelingt es eben noch in bestimmtem Umfang, ihr System als freiheitlich zu verkaufen. Aber wie gering das Vertrauen in diese „Demokratie" dennoch ist, wenn ich dann auch immer wieder höre: „Jaja, die da oben machen ja doch, was sie wollen. Der kleine Mann hat nichts zu lachen."

Insgesamt gesehen — das ist das Ergebnis der bisherigen Erfahrungen — hält die überwiegende Mehrheit der Leute, die von dem Urteil gegen mich erfahren, dieses für ungerecht und ist damit nicht einverstanden. Das sind gute Voraussetzungen dafür, daß meine Inhaftierung zu einem Bumerang für die Bourgeoisie werden kann; auch mit dieser Überzeugung trete ich dieses Jahr Gefängnis an.

Meine Adresse ist übrigens:
Klaus Singer
6100 Darmstadt-Eberstadt
JVA Darmstadt
Rot Front! Klaus.

Hamburger Antifaschistenprozeß

Der Kampf geht weiter

Wir brachten es als „Letzte Meldung" im letzten „Roten Morgen": Der Hamburger Antifaschistenprozeß ist geplatzt! Der beisitzende Richter Dr. Timcke mußte für befangen erklärt werden.

Die Hamburger Genossen meinten dazu: „Die Freude ist groß. Das darf aber nicht dazu führen, im Kampf locker zu lassen. Denn noch immer kann der Prozeß fortgesetzt werden, noch immer ist die Prozeßkostenfrage auf dem Tisch! **Sofortige Einstellung des Verfahrens!** Unter dieser Losung geht der Kampf weiter."

Daß die Ablehnung jenes Dr. Timcke schon lange fällig gewesen sein muß, kann man der „Dienstlichen Äußerung" dieses Richters vom 14. 11. entnehmen, wo er zum Beispiel schreibt: „Daß wegen ständiger geistiger Abwesenheit meinerseits, weil ich auf meinen Ohren sitze, das Gericht nicht ordnungsgemäß besetzt sei, hatte derselbe Mensch (Rechtsanwalt Maeffert, die Redaktion) an einem anderen Tage auch schon in den Sitzungssaal gerufen." Weiterhin erklärt dieser Richter, daß mit seiner Überzeugung Rechtsanwalt Maeffert „seine Mandantin Lüders für seine Zwecke in der Hand" habe. Diese ebenso abenteuerliche wie unverschämte Behauptung mußte selbst Gerichtsvorsitzender Schmidt als Grund zur Befangenheit anerkennen, wie auch die peinlichen Äußerungen Dr. Timckes, als er aus dem Gerichtssaal rannte.

Aber trotz aller „persönlicher Eigenarten" dieses Dr. Timcke sind es doch in Wirklichkeit die Unhaltbarkeit der Anklage, die skandalöse Präparierung der Polizeizeugen und nicht zuletzt die wachsende Solidarität der Bevölkerung mit den angeklagten Antifaschisten, die diesen Prozeß zum Platzen brachten.

Sofortige Einstellung des Verfahrens!

Polizeiterror gegen iranische Studenten

Am 17. 11. demonstrierten etwa 500 Demonstranten gegen das iranische Schah-Regime, für die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Schaffung eines freien, demokratischen und unabhängigen Irans. Aufgerufen hatten dazu die Conföderation Iranischer Studenten — Nationale Union (CISNU) und der AStA der RWTH Aachen. An der Ecke Großkölnstraße/Seilgraben begann ein Zivilspitzel der Polizei in provokativer Weise, die ausländischen Demonstrationsteilnehmer zu fotografieren. Die Iraner wissen, was das für sie bedeutet, wo doch eine langjährige, enge Zusammenarbeit zwischen dem iranischen Geheimdienst Savak und der deutschen Polizei besteht. Der klaren Aufforderung eines Ordners, das Fotografieren einzustellen, kam der Zivilbeamte nicht nach. Ohne Ankündigung stürzten sich mehrere Polizisten auf Ordner und Teilnehmer der Demonstration und knüppelten sie brutal nieder. Ein Augenzeuge berichtete, wie er von einem Polizeibeamten mit gezogener Pistole bedroht wurde.

Nachdem drei iranische Studenten festgenommen worden waren, machten die übrigen einen Sitzstreik in der Fußgängerzone Großkölnstraße und forderten die sofortige Freilassung der Inhaftierten. Erneut startete die Polizei, die inzwischen Verstärkung herangeführt hatte, einen brutalen Knüppelüberfall auf die Sitzenden.



Rücksichtslos geht die Polizei gegen die iranischen Studenten vor.

Wieder wurden drei Studenten festgenommen und mehrere Demonstranten verletzt, einer so schwer, daß er ins Krankenhaus eingeliefert und dort stationär behandelt werden mußte. Jetzt droht den Festgenommenen eine Anzeige wegen Raubes (die Kamera kam abhanden) und schwerer Körperverletzung.

Aber während auf so brutale Art der Polizei der Weg gebahnt wird, die Demonstranten zu fotografieren, wurden einem Studenten, der den Polizeieinsatz fotografiert hatte, die Kamera abgenommen und der Film beschlagnahmt. Begründung: Die Polizeibeamten hätten ein Recht auf „Schutz der Persönlichkeit"!

Prozeß gegen Verlag J. Reents

Gegen den Inhaber des Verlags J. Reents wird am 1. 12. das Verfahren wegen „Staatsverleumdung" und „Beleidigung" eröffnet. Dem Bonner Staat ist das Buch „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD — Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo", erschienen als Nr. 5 der „Antifaschistischen Reihe", ein Dorn im Auge. Das hat seinen Grund, denn in diesem Buch wird dargestellt, daß in dem staatlichen „Sicherheitsapparat" immer mehr „die Konturen eines faschistischen Machtapparats erkennbar (werden), wie ihn die Nazis mit dem ‚Reichssicherheitshauptamt' (RSHA) und der ihm eingegliederten GeStaPo und SD hatten". Mit diesem Prozeß will die Bourgeoisie verbieten, über den ungehemmten Aufbau der Sonderkommandos (MEK, GSG usw.), die steigende Tötungsrate dieser Sonderkommandos, die Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten und die schrittweise Übertragung der Befugnisse der Sonderkommandos auf die gesamte Polizei die Öffentlichkeit zu informieren. Man will sogar die namentliche Nennung von Altnazis in Führungspositionen des Bonner Staatsapparats verbieten. Mit diesem Prozeß soll jede Berichterstattung über die schleichende Faschisierung des Bonner Staates getroffen werden.

NS-Prozeß ausgesetzt

In Köln wurde am 13. 11. der Prozeß gegen die ehemaligen SS-Obersturmführer Martin Patz und Karl Misling eröffnet, denen die Ermordung von mehr als 500 Bewohnern des Warschauer Ghettos vorgeworfen wird. Bereits am 24. 11. fand der Prozeß sein schnelles Ende, denn Martin Patz leidet an Bluthochdruck und ist deshalb nicht verhandlungsfähig! Wenn der Blutdruck des Herrn Patz es will, wird dieser Prozeß wohl überhaupt nicht mehr stattfinden und die Verbrechen werden ohne Sühne bleiben. Ein übrigens weitverbreitetes Verfahren der Justiz, die Nazi-Mörder trotz Anklage ungeschoren davonkommen zu lassen.

Gefängnis für AKW-Gegner

Zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung und 2.000 Mark Geldstrafe wurde jetzt der Freiburger Joachim Schnorr verurteilt. Der „Arbeitskreis Strahlenschutz" hatte im Sommer bei den Urangruben in Gernsbach und bei Menzenschwand (Schwarzwald) Messungen vorgenommen, die eine stark überhöhte und gefährliche radioaktive Strahlung nachwiesen. Joachim Schnorr hatte bei Untersuchungen des Abbaugeländes die Flucht mit dem Wagen ergreifen müssen, weil er von Bediensteten der Saarberg Interplan (bundeseigenes Unternehmen) bedroht wurde. Jetzt wurde der Spieß umgedreht und ihm vorgeworfen, zwei Arbeiter der Firma mit seinem Wagen bedroht zu haben. Die Justiz geht unbarmherzig vor, wenn es darum geht, den Kapitalisten die Betreibung der gefährlichen Atomindustrie zu ermöglichen.

Noch einmal: die „Grauen Wölfe"

Ende Oktober unternahm der türkische Faschistenchef Türkeş mit der Billigung der Behörden des Bonner Staates eine Rundreise durch unser Land. Dabei kam es zu mehreren antifaschistischen Demonstrationen gegen diesen Mörder. In seinem Bericht über die Demonstration in Dortmund erwähnte der „Rote Morgen" einen Demonstrationsaufruf der türkischen Organisationen Atöf und Atif. Dadurch konnte der Eindruck entstehen, als hätten diese beiden Organisationen die Demonstration getragen.

Sympathisanten von „Halkin Kurtuluşu" berichteten uns, daß als Veranstalter dieser Demonstration die Fidef, ein Sprachrohr der revisionistischen TKP, auftrat. Die Veranstalter verboten sowohl den Genossen von „Halkin Kurtuluşu" als auch der Atöf und Atif die Teilnahme an der Demonstration. Während die beiden letztgenannten Organisationen auf eine Beteiligung verzichteten und sich nach einer Kundgebung auflösten, marschierten die Genossen von „Halkin Kurtuluşu" trotz der üblen revisionistischen Provokation in einem disziplinierten Block zum Kundgebungsplatz. Wie sie berichten, schlossen sich unterwegs 25 bis 30 Arbeiter aus dem Block der Revisionisten bei ihnen an.

Der Giftmüllskandal in Grenzach-Wyhlen

Volkskorrespondenz aus Freiburg

(Im „Roten Morgen" Nr. 46/78 berichtete unsere Volkskorrespondentin darüber, daß unter dem Druck heftiger Proteste der Bevölkerung in der Gegend von Grenzach-Whylen an der schweizerischen Grenze die Behörden sich endlich bereitgefunden haben, nach dem dort abgelagerten Giftmüll zu graben).

Die ersten Grabungsergebnisse sind inzwischen doch bekanntgeworden. Die örtliche Bürgerinitiative, die „Vereinigung für bürgerabhängige Demokratie", hatte Dr. van der Smissen aus Freiburg eine Chemikalienprobe gegeben, in der er Zyanide fand. Er bezeichnete die Probe als hochgiftig. Das Gift ist sehr leicht löslich, kann also leicht in das Grundwasser einsickern, das normalerweise fünf bis sechs Meter tief liegt. Das Zyanidfaß konnte ganz geborgen werden. Die Wahrscheinlichkeit, daß noch mehr solches Gift dort lagert, ist reichlich groß.

Aber noch mehr ist geschehen, und noch mehr droht den Bürgern von Grenzach-Wyhlen und auch der schweizerischen Großstadt Basel. So hatte die Chemiefirma Hoffmann-La Roche AG durch ihren Tiefbrunnen den Grundwasserspiegel um 80 Zentimeter gesenkt, wie der Bürgermeister der Gemeinde unfreiwillig zugab. So konnte vergiftetes Rheinwasser in das Grundwasser eindringen. Bis der Schaden behoben war, mußte die Grenzacher Bevölkerung mit Tankwagen und über eine alte Leitung von Basel her versorgt werden. Die Kosten für eine Kläranlage, die dann gebaut werden mußte, trugen natürlich die Bürger und nicht der Chemiekonzern. Nur waren damals die Zusammenhänge nicht klar.

Der alte Brunnen von Wyhlen sollte stillschweigend abgerissen werden: er war verseucht. Giftmüll von der Degussa lagert in einer angrenzenden ehemaligen Kiesgrube. Weitere Giftmüllfunde werden in Kiesgruben von Schwörstadt ca. 20 Kilometer aufwärts bis Grenzach vermutet. Eine Grube westlich von Grenzach ist unter dem Rhein hindurch mit dem Hauptwasserversorgungsgebiet von Basel verbunden. Auch hier lagern laut Zeugenaussagen Giftfässer des Chemieriesen Ciba-Geigy aus Basel. Die Bürgerinitiative hat so nebenbei herausgefunden, daß die Zollbeamten Weisung hatten, die LKWs einer bestimmten Speditionsfirma unkontrolliert über die Grenze zu lassen, falls diese Müll transportierten. Der Chef dieser Firma ist auch der Eigentümer der Grube, in der jetzt gegraben wird.

Indessen wurden amtlicherseits die Grabungen eingestellt. Nur bei einer geringen Menge der gefundenen Stoffe konnte der Urheber ausgemacht werden: Hoffmann-La Roche aus Basel (dieser Konzern wie auch Ciba-Geigy sind auch in Grenzach-Wyhlen angesiedelt). Das Regierungspräsidium bezeichnete die Messungen der Bürgerinitiative und einer Baseler Gruppe, die Schadstoffe im Trinkwasser ergeben hatten, als „völlig widerlegt". Zyanidrückstände im Grundwasser seien praktisch nicht mehr (!) nachweisbar. Bereits seit Anfang der sechziger Jahre sei den Behörden diese wilde Industriemülldeponie bekannt. Man habe damals die Räumung nicht durchsetzen können und sich auf regelmäßige Kontrolluntersuchungen des Grund- und Trinkwassers verlassen. Regierungspräsident Person gab bekannt, daß im ganzen Gebiet solche Kontrollen verstärkt würden, da Schweizer Fuhrunternehmer häufig Abfallprodukte der Baseler chemischen Industrie in Deutschland abgelagert werden. Er meinte auch, man könne hier „noch Überraschungen erleben". Die Suche nach den Schuldigen, so meinte er, wird sehr langweirig sein, weil die Fuhrunternehmer bisher keine Aussage gemacht hätten. Aber so einfach wird es nicht sein, die Bevölkerung zu beruhigen.



Giftbergung in der Mülldeponie von Grenzach-Wyhlen: Die Männer tragen Schutzanzüge wie nach einem Atomangriff.

Unglaubliche Zustände im Humboldt-Krankenhaus

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Ich bin vor vier Wochen in das Humboldt-Krankenhaus eingeliefert worden. Dieses Krankenhaus ist ein städtisches Krankenhaus, das dem Senat untersteht. Jeder, der dort einmal gelegen hat, kann bestätigen, wie wenig sich die Stadt um das Wohl der Patienten sorgt.

Die meisten Patienten auf meiner Station waren bettlägerig, so daß sich Stuhlgang und Urin lassen im Bett abspielen mußten. Aber nicht ein einziges Mal bekamen die Patienten nach dem Stuhlgang Gelegenheit, sich die Hände zu waschen. Waschschüsseln gab es nur einmal am Tag und zwar morgens. Während man den ganzen Tag über öfters die Urinflaschen gebrauchte, mußte man abends, mit urinverschmierten Fingern, sein Abendbrot einnehmen.

Krankenhaushemden für die Patienten gab es auf der Chirurgischen Station nur einmal in der Woche, obwohl schon nach drei Tagen durch die Gummiunterlage im Krankenbett die Hemden durchgeschwitzt sind. Der Neubau des Humboldt-Krankenhauses ist wohl das schlimmste, was es für einen Patienten geben kann. Die Räume in Popfarben, und vor den Fenstern keine Vorhänge, die das Krankenzimmer ein bißchen heimischer machen. Die Fenster, die Entlüftungsanlage und die Wände total verdreckt. Das Krankenzimmer wirkt öde und leer — und man wird das Gefühl nicht los, daß man hier nicht in einem Krankenzimmer liegt, sondern in einer Bauruine.

Das Pflegepersonal weiß manchmal nicht, was es zuerst machen soll. So mußte zum Beispiel auf der chirurgischen Station an manchen Tagen die Spätschicht nur mit einer Schwester ihren Dienst verrichten. Das Durcheinander, das dabei immer auftrat, konnte nicht beseitigt werden. Während des Verteilens von Abendessen: Patienten mit Medikamenten versorgen, Kotpfannen leeren, Spritzen geben und und und . . .

Und was reden die hohen Herren da nicht immer von einer guten Gesundheitsfürsorge und einer guten medizinischen Betreuung. Die Gesundheit eines werktätigen Patienten interessiert die ja doch nicht. Nicht zuletzt deswegen werden Krankenhäuser geschlossen. Personal wegrationalisiert und Betten abgebaut. Dafür werfen aber die Bundesregierung und der Senat Hunderte von Millionen in Form von Subventionen den Kapitalisten in den Rachen. Da bleibt natürlich kein Geld mehr für eine bessere medizinische Versorgung übrig.

4,16 DM standen uns pro Tag fürs Essen im Krankenhaus nur zu. Dementsprechend war dann auch das Essen. Innerhalb von 14 Tagen gab es sage und schreibe nur **einen** Apfel. Und da heißt es dann immer, daß wir gesund leben sollen, ordentlich Obst und Gemüse essen sollen. Für 4,16 DM am Tag kann man vom Senat allerdings nicht viel erwarten!

Wilhelm Kaisens Märchenstunde

Volkskorrespondenz aus Bremen

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Augenzeugen berichten" sprach Bremens ehemaliger Bürgermeister, der heute 90jährige Wilhelm Kaisen, über die Novemberrevolution 1918. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Kaisen von den Engländern sozusagen vom Acker ins Rathaus befördert und ist heute noch als „einfacher Mann" eine Gallionsfigur der reaktionären Sozialdemokratie. Als lebende Mumie der Ebert-Noske-Ära erzählte Kaisen im volkstümlichen Märchenerzählstil, „wie das denn damals so gewesen ist . . ."

„Tja, wir lagen damals in Flandern und hatten eine schwere Offensive hinter uns, die Amerikaner waren mit 200.000 Mann in den Krieg eingetreten und von da ab war alles sinnloses Hinmorden." Und vorher? Offenbar ein gerechter Krieg, schließlich hatte die SPD ja die Kriegskredite bewilligt. Und als die Nachricht von der Flucht des Kaisers kam, war Kaisen offensichtlich verwirrt. „Wir waren erst mal sprachlos!" Aber rasch war alles in Butter, denn die kaiserliche Heeresleitung sorgte für die ratlosen Soldaten. „Dann kam von General Groener ein Telegramm, daß Soldatenräte gebildet werden sollten, und mein Regimentskommandeur kam zu mir und sagte: ‚Kaisen, du mußt das machen.' " War das nicht die gute Fee im Märchen?

In Wirklichkeit war die Einsetzung der Soldatenräte durch die Kaiserliche Heeresleitung ein geschickter Schachzug, um der revolutionären Rätebewegung im Heer die Spitze zu nehmen und Soldatenräte zu bekommen, die, wie Kaisen, konterrevolutionär eingestellt waren. „Was haben wir auf dem Rückzug nach Hamburg für Chaos gesehen, so ist das bei jeder Revolution: Wenn man da keine Ordnung reinbringt, wird nur unnütz Blut vergossen."

Nun, Wilhelm brachte Ordnung in die Truppe und löste sie in Hamburg-Bahrenfeld auf, nachdem alle Waffen ordnungsgemäß abgegeben worden waren. Dafür, daß er sogar sein Pferd wieder nach Altona brachte in die Fischhandlung, wo es hingehörte, wäre eigentlich ein Orden fällig gewesen.

Was war der größte Fehler der damaligen Reichsregierung? Mit dieser Frage stellte Kaisen das gespannte Publikum auf die Probe. Keiner wußte die Antwort. Na, liegt es nicht klar auf der Hand? Der größte Fehler war, daß man General Ludendorff hatte abreisen lassen, ohne daß er vorher den Waffenstillstand unterzeichnet hatte. „Nur so konnte er später die Legende vom Dolchstoß erfinden"!! Na, ein Glück, daß nicht noch größere Fehler gemacht wurden. Daß dann Ebert und Konsorten sich „in der großen historischen Stunde" bewährten, obwohl doch der Kaiser gar nicht mehr da war, um sie als Regierung zu legitimieren, wurde von Kaisen groß herausgestrichen. Ganz unerwähnt ließ er allerdings auch nicht, daß die Kommunisten die Räterepublik forderten. Aber, so Kaisen, „Räte waren damals nun mal modern."

Am schlimmsten fand Kaisen, daß es damals so viel unnötigen Haß gab, auf beiden Seiten, wie er mehrmals betonte. Als in Bremen reaktionäre Freikorpstruppen von bewaffneten Arbeitern entwaffnet wurden, hat das viel Haß geschaffen, der sich dann später bei der Besetzung Bremens entlud. So entschuldigte Kaisen das reaktionäre Wüten der weißen Noske-Truppen und des Korps Caspari am 4. Februar 1919.

Daß die Bremer Räteregierung nicht bestehen konnte, war für Kaisen klar. Es lag, wie so oft im Leben, am Geld. Das hatte ihm sein Freund, der spätere Präsident der Bremischen Bürgerschaft, August Hagedorn, nämlich haarklein erzählt. Dieser wußte das so genau, weil er für die Finanzen innerhalb der Räteregierung zuständig war. Leider hatte nämlich Bremen 520 Millionen Mark Schulden aus dem Kaiserreich „geerbt". Und das ist schon eine schwere Last. Zudem wollten so großzügige Gesten wie die Erhöhung der Löhne um 20 Prozent und Anhebung der staatlichen Unterstützungen um 30 Prozent bezahlt sein. Man wandte sich hilfesuchend — an wen wohl? Natürlich an die Banken. Aber die Herren Bankiers winkten entrüstet ab. „Wir verwalten das Geld von Dritten, das darf und kann nicht angerührt werden!" Somit war die Sache besiegelt. Kaisens Märchen endet also mit einer Bankrotterklärung. Als er darüber spricht, wird seine Greisenstimme das einzige Mal während des einstündigen Vortrags laut.

„Hätte die Regierung etwa die Banken stürmen und die Tresore ausräumen lassen sollen?" Ja, möchte man ihn zurufen, ja, ja, Enteignung wäre das richtige gewesen, doch der Märchenerzähler erlaubt kein glückliches Ende und donnert in den Saale seine Antwort: „Nein, denn das wäre ein räuberischer Banküberfall gewesen!"

Viele Grüße, Remo

Antifaschistische Kundgebung

Hannover: Samstag, 2. 12. 78, 10 Uhr, Am Kröpcke

Veranstaltung der GFA

Duisburg: Filmveranstaltung „Vier Lieder für die Partei", Sonntag, 3. 12., 20 Uhr, Eschhaus, Niederstraße.

Frauenkabarett

Hamburg: Gastspiel eines Frauenkabaretts. Titel: „Spiegel — Bild: frisch, fromm, fröhlich, ~~frei~~ frau!", 6. 12. 78, 20 Uhr, „Jarrestadt", Jarrestr. 27, Eintritt 4 Mark.

Parteiveranstaltung

Freiburg: Reisebericht aus Albanien (mit Dias), Freitag, 8. 12., 19.30 Uhr, Hotel Sonne, Baseler Straße

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der letzten Woche gingen für die Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML folgende Spenden ein:

Spender	DM	Spender	DM
Kulturzelle Bochum	100,00	Geburtstagsfeier Wuppertal	102,50
Kunden, Buchladen RM, Köln	70,00	N. L., Bremen	300,00
F. St., Hamburg	1.000,00	Stadtteilzelle Gallus, Frankfurt/M.	500,00
Kunden, Buchladen RM, Köln	130,00	Sektion Westberlin	448,00
Genossen aus Darmstadt	285,00	LBV Weser-Ems	2.120,00
Genossen aus Singen	200,00	Ungenannt	45,00
Skatkasse Singen	40,00	LBV Hamburg-Unterelbe	110,00
Genossen aus Hannover	692,00	Zelle Blohm & Voss, Hamburg	31,00
Kunden, Buchladen RM, W.-Berl.	987,50	Genossen aus Krefeld	175,00
K. L. und M. H., Bremen	100,00	D., Bremen	50,20
Spendengemeinschaft Ki-La-Ki, Kiel	999,99	Stadtteilzelle Gelsenkirchen	150,00
Thyssen-Zelle, Duisb.-Hamborn	220,00	W. K., Bochum	9,00
Kupferhütten-Zelle, Duisburg	220,00	Genossen aus Iserlohn	1.000,00
Zelle Blumenthal, Recklinghausen	2.000,00	**Insgesamt:**	**DM 12.085,19**

Damit gingen bisher für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

62.658,10 DM

an Spenden bei uns ein. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Kto.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

November im Bild





Stahlarbeiterdemonstrationen





In zahlreichen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin nahmen Antifaschisten den 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht" zum Anlaß, um gegen Faschismus und Reaktion zu demonstrieren.



Mit einer Serie von Kurzstreiks und Protestkundgebungen antworteten die Werftarbeiter auf die Pläne der Kapitalisten, vor allem des HDW-Konzerns, weitere Tausende von Kollegen auf die Straße zu setzen. Unser Bild zeigt ein Transparent der Kollegengruppe von HDW/ Hamburg.



6.000 Frankfurter demonstrierten am 19. November gegen die Bildungs- und Kulturpolitik des CDU-Magistrats in Frankfurt. Insbesondere ging es dabei um das inzwischen aufgelöste Kindertagesstättenprojekt, um die Auseinandersetzungen um das „Theater am Turm" und um das Abendgymnasium.

Britannien: Fordstreik beendet



Nach einem beinahe neunwöchigen Streik haben die Arbeiter der britischen Fordwerke die Arbeit wieder aufgenommen. Die Lohnerhöhung, die sie sich erkämpft haben, beträgt im ganzen 16,5 Prozent. Allerdings ist dieses Zugeständnis mit einer üblen Klausel verbunden. Solche Arbeiter nämlich, die „unentschuldigt" nicht die volle Woche arbeiten, also die sich etwa verspäten, haben in dieser Woche nur Anspruch auf eine elfprozentige Lohnerhöhung. Kollegen aus mehreren Fordbetrieben haben schon angekündigt, daß sie den Kampf für den Wegfall dieser Klausel aufnehmen werden.

Ursprünglich hatten die Arbeiter bei Ford eine Lohnerhöhung von 25 Prozent und die Einführung der 35-Stunden-Woche gefordert. Verkürzungen der Arbeitszeit konnten überhaupt nicht durchgesetzt werden. Dennoch kann man von einem Erfolg der Kollegen sprechen, wenn man bedenkt, daß die Fordkapitalisten nur eine fünfprozentige Lohnerhöhung angeboten hatten. Zudem sind diese fünf Prozent die diesjährige Lohnleitlinie der britischen Regierung. Wobei es sich nicht um eine bloße Empfehlung, sondern um eine Verfügung, um ein direktes Ausschalten der Tariffreiheit durch die Regierung handelt.

Die Tatsache, daß die Fordarbeiter mit ihrem mehr als zwei Monate andauernden Streik diese Leitlinie durchbrochen haben, ist von großer Bedeutung für die kommenden Lohnkämpfe der britischen Arbeiterklasse.

Die Fordbosse haben in der vergangenen Woche angegeben, daß sie durch den Streik einen Produktionsausfall von 117.000 Fahrzeugen erlitten haben.

Portugal: Breite Streikbewegung

Eine breite Streikwelle hat seit einigen Wochen mehrere Bereiche der portugiesischen Industrie und des öffentlichen Dienstes erfaßt. Die Werktätigen kämpfen angesichts drastischer Preissteigerungen für höhere Löhne oder für den Abschluß von Kollektivverträgen, die teilweise seit Jahren hinausgezögert werden. An Streikaktionen, die jeweils bis zu 24 Stunden andauerten, waren unter anderem beteiligt: 6.000 Bergleute, 60.000 Postangestellte, die 280.000 Beschäftigten der Textilindustrie und etwa 200.000 Metallarbeiter.

Jugoslawien: Tito klagt über Wirtschaftskrise

Die wirtschaftliche Krise in Jugoslawien hat solche Ausmaße angenommen, daß sogar die revisionistischen Führer offen darüber klagen. Ein Beispiel dafür gab Titos Rede auf einem Gewerkschaftskongreß letzte Woche in Belgrad. Er kritisierte dabei nach Presseberichten die niedrige Produktivität, die wachsende Inflation, die extrem hohe Verschuldung des Landes, den falschen Einsatz von Investitionsmitteln usw. Die Lebenshaltungskosten in Jugoslawien — so bekannte Tito freimütig — werden in diesem Jahr voraussichtlich um 15 Prozent steigen.

Bezeichnend waren auch seine Ausführungen über die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Regionen des Landes. Die jugoslawischen Revisionisten haben in der Vergangenheit immer behauptet, daß die schwächeren Gebiete, vor allem im Süden des Landes, systematisch und vorrangig entwickelt würden. Jetzt erklärte Tito, die wirtschaftlich stärkeren Regionen würden nur ihre eigenen Interessen verfolgen und die ärmeren Gebiete vernachlässigen. Verantwortlich für die ganze Misere der jugoslawischen Wirtschaft machte er ungenannte „Technokraten und Bürokraten". Tatsächlich jedoch liegt die Verantwortung für das wirtschaftliche Elend in Jugoslawien nicht bei irgendwelchen untergeordneten Funktionären, sondern in erster Linie bei der Tito-Clique selbst.

Mit seinem offenherzigen Eingeständnis über die tiefe kapitalistische Krise in Jugoslawien hat der Chef der Belgrader Revisionisten — wenn auch ungewollt — seinen chinesischen Freunden und deren Parteigängern in aller Welt einen derben Schlag versetzt. Preisen diese Leute doch offen oder versteckt das jugoslawische System als vorbildliche Form des Sozialismus an.

Nicaragua: Kein Kompromiß mit Somoza

Die Versuche der amerikanischen Imperialisten, die breite Opposition des Volkes von Nicaragua mit dem blutigen Diktator Somoza zu versöhnen, sind gescheitert. Washington fand für seinen Plan, bei Aufrechterhaltung des Somoza-Regimes und unter Kontrolle der USA Scheinwahlen in Nicaragua durchzuführen, nur die Zustimmung einiger reaktionärer Elemente. Alle anderen oppositionellen Kräfte haben betont, daß sie nach wie vor für den Sturz des Diktators kämpfen. Unterdessen sind auch die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Patrioten und Angehörigen der Nationalgarde Somozas wieder verstärkt aufgeflammt. Die Patrioten unternehmen ständig Angriffe auf Kasernen, Polizeiposten, Militärkolonnen und Verwaltungsgebäude der Diktatur.



Bewaffnete Kämpfer in Nicaragua

Nordirland: Anschläge gegen britische Besatzer

Die nordirischen Patrioten verübten in der letzten Zeit zahlreiche Bombenanschläge auf die britischen Besatzungskräfte. Sie unternahmen Aktionen in Belfast, Newry und in anderen Orten. Bei den Angriffen kam es zu Kämpfen zwischen ihnen und der Polizei, bei denen viele Polizisten verwundet wurden. Die nordirischen Patrioten haben den Besatzerstreitkräften durch ihre Überraschungsangriffe erhebliche Sachschaden beigebracht, der sich auf mehrere Millionen Pfund beläuft. Sie setzten britische mit Waffen oder mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge in Brand und griffen viele Gebäude der Besatzer an.

Gipfeltreffen des Warschauer Pakts

Im Zeichen verschärfter Spannungen zwischen den Supermächten

Unter strikter Geheimhaltung trafen sich in der vergangenen Woche die Chefs der Staaten des Warschauer Pakts zu einem Gipfeltreffen in Moskau. Über den Inhalt der Beratungen wurde nichts bekannt. Die verabschiedeten Schlußdokumente dieser Tagung des Moskauer Militärblocks enthielten nur die sattsam bekannten heuchlerischen Bekenntnisse zu Frieden, Entspannung und Abrüstung.

Im vergangenen Jahr hatten die Völker Europas viele Gelegenheiten, sich vom wirklichen Wesen dieses unter dem Kommando der russischen Sozialimperialisten stehenden Militärpakts zu überzeugen. So etwa bei den großen Manövern in Mittel- und Osteuropa sowie im Kaukasus. Genauso wie die NATO in den letzten Monaten im Rahmen ihrer „Vorneverteidigung" systematisch den Angriffskrieg übte, so stand auch bei den Manövern des Warschauer Pakts das Training für die Aggression im Vordergrund. Da wurde etwa der breitangelegte Übergang über die Elbe geübt, wurden umfangreiche Luftlandemanöver durchgeführt und nach der Strategie des „kühnen Stoßes" das Überrennen feindlicher Linien geprobt.

Und für den „Abrüstungswillen" der Kremlherren gab es in diesem Jahr auch genügend Beispiele: etwa die Verstärkung der Besatzertruppen in der DDR und die Aufstockung der Panzerwaffe im östlichen Teil Deutschlands um 30 Prozent; die Indienststellung von neuen Interkontinentalraketen vom Typ SS-17, SS-18 und SS-19; die Entwicklung des neuen Panzers T-72, von dem jetzt jährlich 2.000 Stück in den russischen Waffenschmieden gebaut werden, usw. usf. Zudem hatte Breschnew die Tagung des Warschauer Pakts höchstpersönlich mit einem doppelten Paukenschlag eingeleitet.

Zum einen ließ er ein langes Interview in die Spalten der „Prawda" rücken, in dem er vor einem militärischen Eingreifen der amerikanischen Imperialisten im Iran warnte. Einen solchen Fall — so Breschnew — würde die Sowjetunion als „Berührung ihrer Sicherheitsinteressen betrachten". Eine offene Drohung damit, daß der Kreml im Gegenzug ebenfalls militärisch eingreifen würde. Der andere Paukenschlag betraf die Neutronenbombe. Hatte Breschnew früher nur damit gedroht, der Kreml **könnte** diese Massenvernichtungswaffe ebenfalls entwickeln, so ließ er vor zwei Wochen in einem Gespräch mit US-Senatoren die Katze aus dem Sack. Die Sowjetunion, so erklärte er jetzt, **hat die Neutronenbombe bereits vor einigen Jahren gebaut und erprobt.**

Seit Monaten führen die Revisionisten in allen Ländern eine verlogene Kampagne gegen diese Waffen und gegen die „Perversion menschlichen Denkens", die sich in ihrer Entwicklung ausdrücke. Und jetzt bestätigt es ihnen der Kreml-Boß höchstpersönlich: auch für die Militärstrategen Moskaus gibt es keine Grenzen bei der Entwicklung immer neuer Vernichtungswaffen, eines immer perfekteren Arsenals für den Massenmord. Die Tatsache, daß Moskau mit der Entwicklung der Neutronenbombe schon vor Jahren begonnen hat, widerlegt zudem die bekannten Lügen der DKP und anderer Revisionisten, daß die russische Militärmaschine nur immer auf entsprechende Entwicklungen der NATO reagieren würde.

Daß Breschnew es jetzt für notwendig erachtete, derart eindeutig mit dem militärischen Eingreifen in den Iran und mit der Neutronenbombe zu drohen, ist ein Zeichen für die militärische Rivalität zwischen den beiden Supermächten und ihren Blöcken, die sich in der letzten Zeit drastisch verschärft hat. Ein anderes aktuelles Beispiel dafür ist die gegenwärtige Auseinandersetzung um Kuba. Wie der Kreml jetzt bestätigt hat, sind auf der Karibik-Insel mehrere Maschinen des modernsten russischen Kampfflugzeugs, der MIG 23, stationiert worden, die auch Atomwaffen tragen können. Die amerikanischen Imperialisten haben in der vorletzten Woche ihre Spionageflüge über Kuba in großem Umfang wiederaufgenommen. Zudem haben sie gemeinsam mit den britischen Imperialisten ein großes Luft- und Seemanöver vor der kubanischen Küste durchgeführt. Als Zweck dieses Manövers wurde ganz offen angegeben, „Kuba und die Sowjetunion zu beeindrucken".

Eine wesentliche Rolle für die Verschärfung der Spannungen zwischen den Supermächten spielen gegenwärtig die chinesischen Revisionisten. Das wurde in der vergangenen Woche deutlich, als Breschnew in einem Brief die britische Regierung davor warnte, Peking mit Waffen zu beliefern. Anfang November hatte der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Wang Tschen London besucht, um Verkaufsgespräche über die Lieferung des britischen Senkrechtstarters Harrier zu führen. Die amerikanischen Imperialisten haben — der RM berichtete darüber — vor einiger Zeit grünes Licht für die Lieferung von NATO-Waffen nach China gegeben. Die Bewaffnung der Pekinger Armee durch den westlichen Kriegspakt — das ist nur der gegenwärtig letzte Schritt auf einem Weg, der die chinesischen Revisionisten in eine immer engere Allianz mit den amerikanischen Imperialisten und ihrem Militärblock gebracht hat.

Die zunehmende Aufrüstung von NATO und Warschauer Pakt, die immer offeneren Kriegsdrohungen aus beiden Lagern, all das zeigt den Völkern die Notwendigkeit, ihre Anstrengungen zu verstärken und sich gegen die Kriegstreiber, die beiden Supermächte, ihre Blöcke und Verbündeten zusammenzuschließen.

Spanien: Verfassungskampagne

Vollständiges Demonstrationsverbot verhängt

Am 6. Dezember wird in Spanien eine Volksabstimmung über den Entwurf einer neuen Verfassung durchgeführt. Diese Verfassung soll das gegenwärtige monarchistische Regime legalisieren und ihm den Schein einer „demokratischen" Einrichtung verleihen.

Die KP Spaniens/ML nannte in einer Erklärung die neue Verfassung „ein Werkzeug, um das Volk zu betrügen, es zu zwingen, die Fortsetzung des Francismus in verhüllten Formen zu akzeptieren, da sie die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus in Spanien vertieft, da sie versucht, den militärischen Charakter der Monarchie zu verstärken". In diesen Tagen haben alle bürgerlichen Parteien, vom regierenden Zentrum bis zu den Revisionisten mobil gemacht, um die Völker Spaniens auf diese monarchistische Verfassung einzuschwören. Tagtäglich ergießt sich eine Flut von Propagandasendungen aus Radio und Fernsehen, mit der den Werktätigen eingehämmert werden soll, sie müßten in ihrem eigenen Interesse mit „Ja" stimmen.

Gerade rechtzeitig und wie bestellt wurde auf dem Höhepunkt dieser Kampagne ein sogenannter Putschversuch aufgedeckt, der von zwei Polizeioffizieren organisiert sein soll. Wie zu erwarten, nutzte das Regime dieses Ereignis für eine noch hemmungslosere Reklame für die monarchistische Verfassung. Mit düsteren Farben wird die Gefahr einer offen faschistischen Militärdiktatur, wie sie unter Franco bestand, an die Wand gemalt. Und nur die Zustimmung des Volkes zum Verfassungsentwurf, so tönen die Parteigänger des monarchistischen Regimes, könne eine solche Entwicklung verhindern.

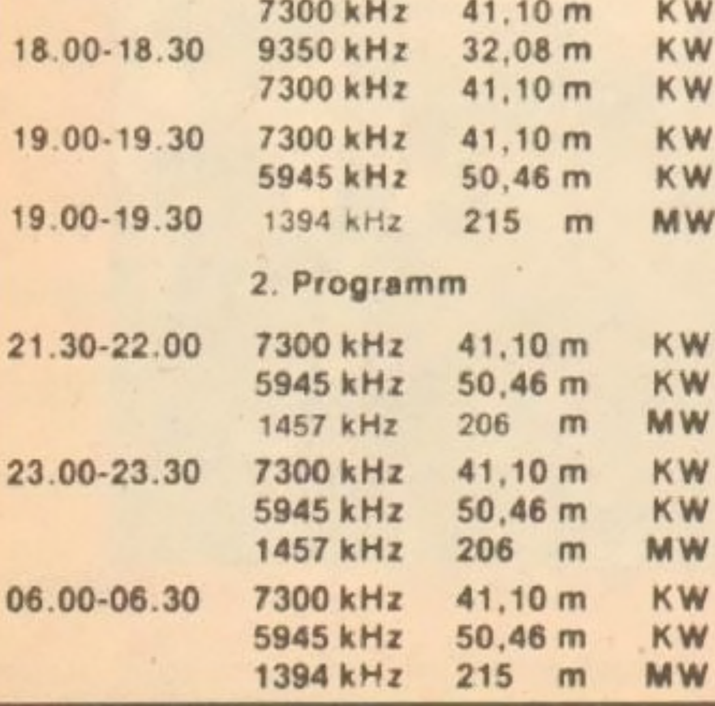
Als im Madrider Parlament der Kriegsminister, General Gutierrez, eine Rede in diesem Sinn hielt, riß es die Abgeordneten der revisionistischen KPSp buchstäblich von den Sitzen. Die Presse notierte: „Die Regierungsfraktion des Zentrums und die Kommunisten applaudierten im Stehen, die Sozialisten und kleinere Gruppen im Sitzen." Und nach der Parlamentssitzung fand vor der Presse keiner so viele lobende Worte für den König Juan Carlos wie der Revisionistenchef Carrillo. Wenn es um Juan Carlos, die von Franco persönlich hochgepäppelte und auf den Thron gesetzte Kreatur geht, findet sogar ein Carrillo kämpferische Worte. So kündigte dieser Verräter allen Ernstes an, er würde im Notfall sogar zum Generalstreik für den König aufrufen.

Während die Revisionisten in der Verfassungskampagne das lauteste Sprachrohr des monarchistischen Regimes sind, hat die KPSp/ML ihre Aktivitäten verstärkt, um unter den Massen einen breiten Zusammenschluß auf demokratischen und republikanischen Grundlagen zu fördern. Die Partei ruft die spanischen Werktätigen dazu auf, gegen die monarchistische Verfassung zu stimmen. Der wachsende Einfluß der Partei hat sich in den letzten Wochen bei den machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen gegen das Madrider Regime gezeigt. Um den Widerstand der Massen zu unterdrücken und die Stimmen gegen die Verfassung und für die Republik zum Schweigen zu bringen, hat der Innenminister in der vergangenen Woche ein allgemeines Demonstrationsverbot verhängt.



Demonstration für die Republik mit Parolen wie „Nein zur monarchistischen Verfassung!"

HÖRT RADIO TIRANA



UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
1. Programm			
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
2. Programm			
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Klassenkämpfe in der Türkei (II)

Klassengewerkschaft und Bauernkomitee

Gleich um 100 Prozent sind die Benzinpreise in der Türkei vor einigen Wochen erhöht worden. Eine typische Nachricht aus einem Land, das noch viel stärker im Griff der kapitalistischen Krise steckt als die Länder Westeuropas. Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres sind die Lebenshaltungskosten um 42,5 Prozent gestiegen. Und das bei Löhnen, die entweder nur geringfügig oder gar nicht erhöht wurden. Und das bei einer Arbeitslosigkeit, die 15 bis 20 Prozent in den Städten und auf dem Land sogar 45 Prozent beträgt.

So werden den türkischen Werktätigen schier unerträgliche Lasten aufgebürdet. Aber die internationalen Finanzhaie, vor allem die Bankmagnaten in den USA und in Westdeutschland, mästen sich an dem Elend der Völker der Türkei. Denn sie haben das Land fest im Griff. Mit vier Milliarden Dollar ist die Türkei bei ihnen verschuldet. Der türkische Staat steht kurz vor dem Bankrott. Staatschef Ecevit unternimmt immer neue Reisen nach Washington und Bonn, um dort um Kredite zu betteln. Und diese Kredite lassen sich die Bankherren hoch verzinsen. Aber nicht nur das.

Sie stellen auch ihre Bedingungen. Sie tragen dafür Sorge, daß die türkischen Werktätigen noch weiter ausgepreßt werden, damit aus deren Schweiß und Blut die Kredite mitsamt den Zinsen in die Bankhäuser von New York und Frankfurt zurückfließen. So waren zum Beispiel die Kredite des von den amerikanischen Imperialisten kontrollierten Internationalen Währungsfonds (IWF) mit folgenden Auflagen verbunden: mehrere drastische Abwertungen der türkischen Währung, was die Kaufkraft der Massen noch weiter herabsetzte, Anhebung der Preise für die wichtigsten Konsumgüter, Einfrieren der Löhne usw.

In dieser Situation haben die reaktionären Bonzen der beiden größten Gewerkschaften des Landes einen Pakt mit der Regierung geschlossen und sich verpflichtet, für das ganze Jahr 1978 keine Forderungen nach Lohnerhöhungen zu stellen. Bei diesen Gewerkschaften handelt es sich einmal um die Türk-Iş. Sie ist, wie die faschistischen Terrororganisationen vom Schlage der Konter-Guerilla, ein Geschöpf des CIA, eine typische gelbe Gewerkschaft, die die Unterordnung unter die Interessen des Kapitals zur offenen Richtschnur ihrer Politik gemacht hat. Und es sind in der Türkei vor allem die ausländischen Monopole, die industrielle Produktion kontrollieren, in erster Linie amerikanische, aber auch westdeutsche, wie die AEG, Daimler, KHD, Mannesmann, Bayer, BASF, Hoechst und so weiter.

In den sechziger Jahren wurde die andere große Gewerkschaft, die DISK, gegründet. In ihr sammelte sich zwar das revolutionäre Potential der türkischen Arbeiterklasse. Die Führung des Verbands jedoch war und ist auch heute in den Händen der jetzigen Regierungspartei CHP, die sich in ihren gewerkschaftlichen Aktivitäten den westdeutschen DGB zum Vorbild nimmt. In den Vorstandsgremien der DISK liefern sich die CHP-Leute erbitterte Konkurrenzkämpfe mit den modernen Revisionisten der TKP. Diese Leute wiederum haben auch ein deutsches Vorbild; allerdings von etwas anderer Art. Sie sind nämlich zum großen Teil durch die Kaderschulen des FDGB in der DDR gegangen.

Die türkischen Marxisten-Leninisten arbeiten auf revolutionär-oppositioneller Grundlage in beiden großen Gewerkschaften. Weil diese Verbände nicht so straff bürokratisch durchorganisiert sind wie es etwa bei uns der Fall ist, gelingt es ihnen in manchen Fällen, Ortsleitungen aus revolutionären und fortschrittlichen Arbeitern zu bilden, was von großer Bedeutung für die Entfaltung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse ist. Außerdem gibt es auch eine Reihe kleinerer Gewerkschaften, in denen die Marxisten-Leninisten oft den entscheidenden Einfluß haben. Die Genossen von „Halkin Kurtuluşu“ schließen die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften zusammen gegen die Angriffe der Kapitalisten und die faschistische Diktatur, gegen die Politik der Klassenversöhnung, wie sie von den reformistischen und revisionistischen Bonzen betrieben wird.

Ihre Losungen für den gewerkschaftlichen Kampf lauten: „Arbeiter in die Führung der Gewerkschaften“ und „Vorwärts zur Klassengewerkschaft“. Das bedeutet zum einen Kampf für solche Funktionäre, die wirklich die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und zum anderen Orientierung auf den notwendigen Aufbau einer wirklich revolutionären Gewerkschaft. Auch in dieser Hinsicht haben die Genossen schon Schritte unternommen. So etwa die Gründung örtlicher revolutionärer Verbände wie den „Devrimci Demir-Is“.



Kampf gegen die faschistische Polizei

Die reformistischen und revisionistischen Bonzen der DISK, so sehr sie auch im Kampf um die Posten untereinander zerstritten sind, bilden doch eine gemeinsame Koalition gegen die Interessen der Arbeiterklasse wie beim erwähnten diesjährigen Stillhalteabkommen, bilden eine gemeinsame Front auch gegen die revolutionären und klassenkämpferischen Kollegen in der Gewerkschaft. Und hier sind es gerade die revisionistischen TKP-Leute, die dort, wo sie an der Macht sind, auch noch die ohnehin schon reaktionären Gewerkschaftsstatuten verschärfen, um auch ja jeden revolutionären Arbeiter aus den Verbänden hinauszusäubern.

Ein bezeichnendes Beispiel ihrer konterrevolutionären Politik und zugleich ein wichtiger Abschnitt im revolutionären gewerkschaftlichen Kampf war der diesjährige 1. Mai. Zum einen hatten die DISK-Bonzen zu einer Demonstration ausschließlich in Istanbul, der größten Stadt des Landes, aufgerufen. Und zum anderen hatten sie mit der frechen Arroganz der berufsmäßigen Arbeiterverräter die proletarisch-revolutionären Kräfte von dieser Demonstration ausgeschlossen. Daß sie sich dabei sogar über einen Beschluß der Delegiertenkonferenz hinwegsetzten, kümmerte sie wenig. Die Antwort der Arbeiter auf diese Provokation waren Tausende von Protestresolutionen und -telegrammen, die den Bonzen ins Haus flatterten. Daraufhin erklärten diese Reaktionäre offen, daß sie die Teilnahme der revolutionären Gewerkschafter an der Maidemonstration in einer Allianz mit Polizei und Militär verhindern würden. Und tatsächlich zogen am Kampftag der Arbeiterklasse schwer bewaffnete Truppen in Istanbul auf.

Allzu deutlich erinnerte diese Situation an die Ereignisse des 1. Mai 1977. Damals hatten die faschistischen Einheiten der Konter-Guerilla ein Blutbad unter den 300.000 Demonstranten angerichtet, dem 38 Werktätige zum Opfer gefallen waren. Und getreu dem Lehrbuch des CIA hatten die Faschisten und die Bonzen gemeinsam die proletarischen Revolutionäre für den Massenmord verantwortlich gemacht. (Am Rande bemerkt: Obwohl inzwischen längst nachgewiesen ist, daß der Agent des türkischen Geheimdienstes MIT und Angehörige der Konter-Guerilla Nejdet Kücüktaskin das Massaker vorbereitet und seine Durchführung organisiert hat, geht hierzulande die DKP immer noch mit der gemeinen CIA-Lüge von den Revolutionären als Mörder vom 1. Mai hausieren.)

Die proletarischen Revolutionäre der Türkei gingen nicht in die von faschistischen Militärs und reaktionären Bonzen gemeinsam aufgestellte Falle von Istanbul. Sie organisierten in vielen türkischen Städten revolutionäre Maidemonstrationen, an denen sich Zehntausende Arbeiter beteiligten. In vielen Orten wurde überhaupt zum ersten Mal die rote Fahne der Arbeiterklasse an ihrem internationalen Kampftag durch die Straßen getragen. In der Hauptstadt Ankara schlossen sich 8.000 Arbeiter der Demonstration an. In Izmir waren es 7.000. Ähnlich hoch war die Beteiligung auch in den anderen Städten. Die Kollegen marschierten unter revolutionären Losungen gegen die faschistische Diktatur, gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

So waren diese Demonstrationen eine Heerschau des Proletariats der Türkei, bei der sich die in unzähligen Streikkämpfen und politischen Aktionen gewonnenen Erfahrungen verdeutlichten. Zugleich waren sie auch eine eindrucksvolle Bekundung des Einflusses der Marxisten-Leninisten in der Arbeiterbewegung. Und sie zeigten, gerade angesichts der offenkundigen Allianz der reaktionären Bonzen mit dem faschistischen Gewaltapparat, daß es die Marxisten-Leninisten sind, die die Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen verteidigen und die an der Spitze ihrer Kämpfe stehen.

Die Türkei ist — wie schon erwähnt — ein vom Imperialismus abhängiges Land. In erster Linie ist es die amerikanische Supermacht, die die schwach entwickelte Industrie des Landes kontrolliert, von deren knechtenden Krediten das Regime in Ankara zehrt. In zweiter Linie treten die westeuropäischen Imperialisten — voran die westdeutschen — als Herren des Landes auf. Sie liefern sich auf dem Rücken der türkischen Werktätigen ihre Konkurrenzkämpfe, wobei jede imperialistische Macht sich auf Gruppen innerhalb der herrschenden Klassen des Landes stützt. Und natürlich — wie könnte es anders sein — ist auch der nördliche Nachbar der Türkei, die Sowjetunion, bei diesem Gerangel nicht nur Zuschauer, sondern aktiver Teilnehmer. Seit geraumer Zeit schon versuchen die Kremlherren, die instabile Lage in der Türkei dazu auszunutzen, mit Kreditangeboten Einfluß auf die Wirtschaft des Landes zu gewinnen. Ja, sie haben sogar die vorübergehenden Differenzen zwischen Washington und Ankara dazu ausnutzen wollen, um die faschistische Diktatur mit Waffen zu beliefern. Ein Höhepunkt ihrer militärischen Ambitionen im südlichen Nachbarland war in der vergangenen Woche ein offizieller Besuch der Moskauer Flotte im Hafen von Istanbul, der erste überhaupt seit dem Machtantritt des modernen Revisionismus in der Sowjetunion. Aber inzwischen hat die Carter-Regierung die Differenzen mit dem Ecevit-Regime in Ankara bereinigt. Die Waffenlieferungen aus den USA sind vor wenigen Wochen in vollem Umfang wieder aufgenommen worden, die amerikanischen Stützpunkte in der Türkei werden weiter ausgebaut. Washington hat in aller Entschiedenheit deutlich gemacht, daß es auf diesen südöstlichen Stützpfeiler der NATO und seine 500.000-Mann-Armee niemals freiwillig verzichten wird.

Aber noch ein Wort zu den imperialistischen Machtkämpfen um die Beherrschung der Türkei. In der Handelsbilanz liegen schon seit Jahren die westdeutschen Imperialisten vorne. Das heißt: Sie verkaufen zu hohen Preisen ihre vor allem industriellen Produkte in die Türkei und kaufen zu niedrigen Preisen die Erzeugnisse des Landes ein. Die Türkei ist nämlich auch heute noch in erster Linie ein Agrarland, ihre hauptsächlichen Exportgüter sind Baumwolle und andere landwirtschaftliche Produkte wie Obst, Gemüse und Tabak. Aber wie sieht es in der landwirtschaftlichen Produktion aus? Die kleinen Bauern werden zunehmend ruiniert und von ihrem Land vertrieben. Eine Zahl, die Aufschluß über die Verelendung der kleinen Bauern gibt: In den letzten Monaten haben sich ihre Betriebskosten (Düngemittel, Brennstoffe, Maschinen usw.) um 100 Prozent erhöht. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise jedoch sind in der gleichen Zeit nur um 5 bis 6 Prozent gestiegen.

Für die Marxisten-Leninisten in der Türkei ist mehr noch als bei uns die revolutionäre Arbeit unter den Werktätigen des Dorfes eine Grundvoraussetzung für den Sieg der Revolution. Und die Genossen haben bei dieser Arbeit auch große Erfolge errungen. Es ist ihnen gelungen, in vielen Bereichen das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern gegen den gemeinsamen Feind, die ausländischen Imperialisten, die einheimische Bourgeoisie und den Feudalismus zu schmieden. Die strategische Losung der Marxisten-Leninisten auf dem Land ist „Verteilung des Bodens durch die Bauernkomitees“. Der Boden soll denen gehören, die ihn bebauen. Heute schon kommt es in der Türkei, vor allem in den östlichen Gebieten, immer häufiger zu spontanen Besetzungen der riesigen Ländereien der Feudalherren und Großgrundbesitzer oder des staatlichen Bodens durch die landlosen Bauern.

Die Genossen haben aber auch eine Reihe von Aktionslosungen entwickelt. Darunter zum Beispiel die von der Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften, in denen sich die kleinen Bauern selbständig zusammenschließen, um sich gegen die Wucherer beim An- und Verkauf von Waren zu wehren. In der Region von Tunceli (Dersim) im türkischen Teil der Türkei (das kurdische Volk macht ungefähr ein Drittel der Bevölkerung der Türkei aus) haben die Genossen die Initiative zur Gründung von mehreren Genossenschaften ergriffen. Die Folge davon war, daß sich angesichts dieses vorbildlichen Beispiels spontan weitere 60 Genossenschaften in der Umgebung gründeten. Gerade in der Gegend von Tunceli haben die türkischen Marxisten-Leninisten einen sehr großen Einfluß. Das äußert sich unter anderem darin, daß viele Dörfer unter einer wirklich revolutionären Leitung stehen.

Oder auch darin, daß in der Gegend von Tunceli die Keime einer revolutionären türkischen Frauenorganisation geschaffen wurden. In den letzten zwei Monaten sind dort ungefähr 550 werktätige Frauen des Dorfes diesem Verband beigetreten. Einige seiner Aufgaben sind die medizinische Selbsthilfe und die Alphabetisierungskampagne (in den östlichen Regionen der Türkei liegt der Anteil der Analphabeten bei 65 Prozent).

Eine der machtvollsten Aktionen der Einwohner von Tunceli in der letzten Zeit war die Demonstration von 15.000 Werktätigen. Fast die gesamte Bevölkerung in einigen Dörfern hat an dieser Kundgebung teilgenommen. Der Anlaß für diesen Aufmarsch der Werktätigen war — wieder einmal — ein feiger politischer Mord. Yusuf Dal, ein proletarischer Revolutionär aus Dersim, war das Opfer. Hinterrücks wurde er erschossen. Wer waren die Mörder? Sie kamen nicht von der Konter-Guerilla und auch nicht vom MIT. Sie waren keine „Grauen Wölfe“ und keine Polizisten der faschistischen Diktatur. Die Mörder von Yusuf waren Angehörige der prochinesischen Revisionistenbande TIKP, der türkischen Bruderorganisation der westdeutschen Gruppe Rote Fahne. Und Yusuf ist nicht der erste Revolutionär aus der Türkei, der von diesen Banditen hingemordet wurde. Sie haben auch die Genossen Oktay und Faysal am 30. Juli in Adana umgebracht. Wie die Zeitung „Halkin Kurtuluşu“ berichtet, ist ein solcher Mordterror gegen Kommunisten sogar in den Beschlüssen der prochinesischen Provokateure verankert.

Aber wen sollte das noch wundern bei einer Bande, die schon seit längerem mit allen faschistischen Organisationen der Türkei, auch mit den „Grauen Wölfen“ des Alparslan Türkes zusammenarbeitet? Hier zeigt sich das wahre Gesicht dieser Banditen, die sich in mehreren Ländern breitgemacht haben. Sie nennen sich selbst Marxisten-Leninisten. Aber tatsächlich sind diese Praktiker der „Drei-Welten-Theorie“ gemeine Konterrevolutionäre, die sich — wenn es hart auf hart geht — als gedungene Killer in den Dienst der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien stellen.



Faschisten und „Drei-Welten“-Theoretiker Hand in Hand

Die große Demonstration der 15.000 zum letzten Geleit von Yusuf Dal, die von ähnlichen Aktionen im ganzen Land begleitet war, zeigt, daß die revolutionär gesinnten türkischen Werktätigen den „Drei-Welten-Mördern“ genausowenig Spielraum lassen wie deren Kumpanen von der Moskauer Richtung. So zeigt darüber hinaus, daß die revolutionären Arbeiter und Bauern der Türkei ihr Bewußtsein über die verschiedenen reaktionären Spielarten des Opportunismus geschärft haben und daß sie bereit sind, diesen Leuten mit einer ebensolchen Schärfe entgegenzutreten wie den Imperialisten und den Vertretern der faschistischen Diktatur.

Polizeimanöver in Bayern



„Geiseldrama" bei Eysölden

Eine makabre „Terroristenübung" führten Anfang November Spezialeinheiten der Polizei in Bayern durch. Sie spielten „Terroristen", die auf der Strecke Roth-Greding bei Eysölden einen Zug gestoppt haben und folgenden Erpressungsbrief losgelassen hatten: „Ein Zug mit Insassen ist in unserer Gewalt. Die Bundesbahn kann eine Freigabe erreichen, wenn sie fünf Millionen Mark beisteuert. Um 13 Uhr hören Sie wieder von uns. Sie sind gewarnt, die kapitalistische Staatsmacht wird diesmal nicht helfen können." In diesem fingierten Text ist alles enthalten, was man zu solchen konterrevolutionären Bürgerkriegsübungen braucht: die kriminelle Erpressung mit Geldforderung, vermischt mit antikapitalistischer Zielsetzung. So sollte auch dieses Manöver dazu dienen, den revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung in der Bundesrepublik zu kriminalisieren.

Diese Übung, die das Polizeipräsidium Mittelfranken im Auftrage des bayrischen Innenministeriums durchführte, steht in einer Kette mit vielen anderen Aktionen, wie zum Beispiel Fabrikbesetzungen, die nur das eine Ziel haben, den Gewaltapparat der herrschenden Klasse auf die künftigen revolutionären Massenkämpfe vorzubereiten.

Protest gegen Militärschau



Ein makabres Bild: Kinder auf einer Flak

Die Älteren unter uns kennen es noch aus der Nazi-Zeit: Das Interesse der Jugendlichen an technischen Dingen wurde ausgenutzt, um sie für den Krieg zu begeistern. Daß es heute nicht anders ist, zeigte wieder einmal ein Straßenfest, das kürzlich in Kleve durchgeführt wurde. Mit von der Partie war die Bundeswehr, die mit mehreren Militärfahrzeugen auffuhr, darunter auch mit dem Kampfpanzer „Leopard". Die Kinder durften an einer Flak spielen (unser Bild) — eine makabre Erinnerung an die letzten Kriegstage drängt sich hier auf, wo Jugendliche und selbst Kinder zur Flak eingezogen und dort verheizt wurden. Aber diese militaristische Reklameschau blieb nicht ohne Widerspruch durch die Bevölkerung.

Jugendliche führten eine Aktion gegen die Verherrlichung dieser Kriegsgeräte und gegen die Einführung der Neutronenbombe durch. Sie demonstrierten damit, daß sich die Jugend heute nicht mehr durch technische Spielereien über die Ziele der imperialistischen Bundeswehr täuschen läßt. Diese Aktion war sicher nicht im Sinne der Klever Geschäftsleute, die dieses Straßenfest organisiert und der Bundeswehr so breiten Raum eingeräumt hatten.

Sektenverbrechen in Guayana

Der „Liebe Jim" der Mrs. Carter

Zuerst war von 400 Toten die Rede. Im Verlauf der schwierigen Bergungsarbeiten im Dschungel von Guayana aber wurden täglich größere Zahlen genannt, wurde das ganze Ausmaß des Verbrechens erst allmählich sichtbar. Letzte Berichte bezifferten die Toten auf 900: ein mit Leichen übersätes Feld ist alles, was von der angeblichen Missionsfarm der christlichen Sekte „People's Church" — Kirche des Volkes — in Guayana übriggeblieben ist.

Der Führer der Sekte, Jim Jones, hatte einst seinen Anhängern eine „gute Gesellschaft", ein Leben in Liebe, Glück und Harmonie versprochen. Vor allem Außenseiter der Gesellschaft waren ihm gefolgt. Sie fanden aber alles andere als „gute" Zustände. Bei Eintritt in die Sekte mußten sie ihren Besitz der Vereinigung überschreiben; sie handelten sich dafür sklavenhafte Lebensbedingungen, Erpressungen, Züchtigungen und Todesdrohungen ein. In Guayana, wo die Sekte seit 1974 ein Lager aufbaute, kontrollierten 50 bewaffnete Wächter die Mitglieder, um jeden Fluchtversuch zu verhindern. Nutznießer war der Sektenführer selbst und seine engsten Vertrauten. Jim Jones war zehnbis zwanzigfacher Millionär.

Schon im August waren alarmierende Berichte aus dem Hauptquartier der Sekte in San Francisco gekommen. Geflohene Mitglieder berichteten über schreckliche Zustände in der Außenstation in Guayana. Eine Gruppe von Journalisten und besorgten Eltern unter Führung des kalifornischen Kongreßabgeordneten Ryan, die Mitte November das Lager besichtigte und die Schreckensberichte bestätigt fand, wurde vor ihrem Abflug von einem bewaffneten Kommando der Sekte überfallen. Jones wollte die unliebsamen Zeugen ausschalten. Fünf Menschen — darunter Ryan — wurden erschossen. Der Großteil der Gruppe jedoch überlebte. Nun war klar, daß die Zustände und Vorfälle nicht länger geheim bleiben würden. Jones begann mit den Vorbereitungen zur Liquidierung der 1.000 im Lager lebenden Menschen.

In den Massenmedien ist noch immer von „Massenselbstmord", bestenfalls von „erzwungenem Massenselbstmord" die Rede. Die Schuld an dem entsetzlichen Vorfall wird dem „religiösen Wahn" der Betroffenen und angeblichen hypnotischen und suggestiven Kräften des Sektenführers zugeschrieben. Sicher ist richtig, daß das Leben in der Sekte die Menschen psychisch schwer geschädigt und ihren Blick für die Realität getrübt und verwischt hat. Wenn aber behauptet wird, sie alle hätten das Gift freiwillig genommen, so ist das eine ungeheuerliche Beschönigung und Verharmlosung des Charakters von Sekten wie der der „Peoples Church". Den kleinen Kindern der Sekte wurde — auch entgegen dem Widerstand ihrer Eltern — gewaltsam das Gift in den Mund gespritzt. Unter den Kindern waren sieben guayanische, die die Sekte „adoptiert" hatte. Auch für die erwachsenen Mitglieder gab es praktisch keine Möglichkeit, dem Gifttod zu entkommen. Der Fluchtversuch eines Teils der Sekte wurde von den Wachen — unter Einsatz von Maschinenpistolen — verhindert; die Flüchtlinge wurden in das Lager, und damit in den Tod, zurückgetrieben. Was in der Sektensiedlung im Nordwesten Guayanas geschehen ist, ist ein ungeheuerliches Verbrechen, begangen, um die Untaten einer Handvoll Sektenprofiteure zu verwischen.

Der Massenmord war schon von langer Hand vorbereitet worden. Diejenigen, die neu in die Sekte eintraten, mußten Selbstmorderklärungen unterschreiben für den Fall eines Scheiterns der Sekte. Im Lager in Guayana wurde mehrfach der „Massenselbstmord" geprobt. Das alles war der US-amerikanischen Regierung schon seit längerem bekannt. Die Regierung aber deckte das Treiben der Sekte. Die Gruppe, die unter der Führung Ryans nach Guayana flog, tat dies, weil sie den beschwichtigenden Erklärungen der Regierung mißtraute.

Das Verhalten der US-Regierung hatte Gründe. In Kalifornien war Jim Jones ein politisch einflußreicher Mann. Er hatte seine Sekte im Wahlkampf sowohl für Jerry Brown, den späteren Gouverneur von Kalifornien, als auch für Jimmy Carter, den späteren US-Präsidenten, eingesetzt. Jones war ein Günstling der Bürgermeister von Los Angeles und San Francisco. Letzterer schusterte ihm den Vorsitz in der Wohnungskommission von San Francisco zu. Auch in Guayana halfen höchstgestellte Persönlichkeiten aus den USA Jones weiter: Um das Land für die Missionsstation zu erwerben, konnte er 60 Empfehlungsbriefe vorlegen, darunter solche von Rosalynn Carter, der Frau des bigotten Präsidenten, von Walter Mondale, dem Vizepräsidenten, von Joseph Califano, US-Minister für Gesundheit, Erziehung und Soziales, von zahlreichen Senatoren, Bürgermeistern und ähnlichen Kreaturen. „Lieber Jim", hieß es etwa in Rosalynn Carters Brief, „ich habe mich gefreut, während des Wahlkampfs mit dir zusammengewesen zu sein!"

In der Bundesrepublik hat es bis jetzt noch kein Sektenverbrechen in den Ausmaßen wie das der „People's Church" gegeben. Aber die Sekten sind auch hier aktiv; die Rattenfänger ziehen auch hier durchs Land, blasen auf der Flöte der Religion und locken Verzweifelte und Gescheiterte — meist Jugendliche — hinter sich her. Die Bundesregierung jedoch — trotz alarmierender Berichte, trotz der Proteste betroffener Eltern, trotz Waffenfunde wie bei der Hare-Krishna-Sekte im Taunus — läßt sie gewähren. Sie unterstützt sie sogar noch — durch Steuerfreiheit des Spendengeschäfts, durch Zahlungen wie im Fall der Sekte „Scientology Kirche Deutschland".





Jim Jones und Jimmy Carter: Gegenseitige Wertschätzung . . . !

Der Grund liegt auf der Hand: Die Sekten passen kapitalistischen Regierungen wie denen der USA oder der Bundesrepublik nur zu gut ins Konzept. In einer Zeit, da unter dem Druck der kapitalistischen Krise die Gesellschaft aus den Fugen gerät, da viele Menschen aus der Bahn geworfen werden und ihre materielle und geistige Existenz deformiert und zertrümmert wird, gewinnt die Religion, gewinnen die abgeschlossenen Sektengemeinschaften mit ihren Verheißungen von Glück und Sinnerfüllung an Anziehungskraft. Die Menschen, die in eine Sekte eintreten, verschreiben sich ihr mit Leib und Leben, und die Sekte zerstört sie vollends. Sie vernichtet damit auch ein Unruhepotential, das der kapitalistischen Gesellschaft ansonsten zu schaffen gemacht hätte. Sicher strebt nicht jede Sekte die physische Vernichtung ihrer Mitglieder an; was aber in dem Lager in Guayana geschehen ist, ist nur eine äußerste Konsequenz, die sich aus der Struktur, Funktion und Ideologie der religiösen Sekten folgerichtig ergibt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 10.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.